

# **Westfälische Wilhelms-Universität Münster**

Institut für Finanzwissenschaft II

Prof. Dr. Aloys Prinz

Betreuer: Christian Sander, M.Sc.

## **Bachelorabschlussarbeit**

„Institutionen und Politik im Vorfeld der Krise:  
Griechenland 1980 bis 2008“

Vorname: Ioannis

Name: Dimas

Matrikelnummer:

Fachsemester: 13.

Abgabedatum: 21.04.2017

## **Inhaltsverzeichnis**

Abkürzungsverzeichnis	III
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2 Ausmaß der Krise in Griechenland</b>	<b>3</b>
<b>3 Institutionelle Ursachen</b>	<b>7</b>
3.1 Korruption	7
3.2 Steuerhinterziehung	12
<b>4 Politische Ursachen</b>	<b>15</b>
4.1 Klientelismus	15
4.2 Parteipolitik und öffentlicher Sektor	17
4.3 Wirtschafts- und Finanzpolitik	20
<b>5 Diskussion der Zusammenhänge</b>	<b>29</b>
<b>6 Fazit</b>	<b>32</b>
Literaturverzeichnis	34

## Abkürzungsverzeichnis

ECU	European Currency Unit (Euro-Rechnungswährung 1978-1998)
EG	Europäische Gemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
GIPS-Staaten	Griechenland, Italien, Portugal, Spanien
IWF	Internationaler Währungsfonds
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Nea Dimokratia (Neue Demokratie)
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PASOK	Panellinio Sozialistiko Kinima (Panhellenische Sozialistische Bewegung)
SYRIZA	Synaspismos Rizospastikis Aristeras (Vereinigung der radikalen Linken)
WEF	World Economic Forum

## 1 Einleitung

Die Finanz-, Wirtschafts- und Staatskrise Griechenlands währt mittlerweile bereits das achte Jahr und es scheint kein Ende in Sicht.<sup>1</sup> Zeitweise sah es sogar so aus, als würde das Land die gesamte Europäische Union oder wenigstens die gemeinsame Währung mit in den Abgrund reißen. Jedenfalls deutete dies eine teils hysterische Presseberichterstattung so.<sup>2</sup> Als die Krise Ende 2009 ausbrach, war das für viele Griechen und die meisten anderen Europäer eine hand-feste Überraschung, wurde das Land doch wirtschaftlich und politisch als stabil betrachtet. Ein Blick hinter die Kulissen hätte das Gegenteil offenbaren können. Und auch ein Blick auf die griechische Geschichte lehrt: Eine solche Finanzkrise gibt es nicht zum ersten Mal. Der im Dezember 1893 vom damaligen Premierminister Trikoupis im griechischen Parlament geäußerte Satz „Wir sind leider bankrott“<sup>3</sup> erregte seinerzeit Aufsehen. Vier Jahre danach zogen die Griechen gegen das Osmanische Reich in den Krieg und verloren. Zur Aufbringung hoher Reparationen musste ein Kredit aufgenommen werden, der nicht bedient werden konnte.<sup>4</sup> Schon damals wurde die griechische Regierung unter Kontrolle einer International Financial Control Commission (IFCC) gestellt, welche die Interessen der europäischen Mächte und Gläubiger sichern und die griechische Wirtschaft beaufsichtigen sollte.<sup>5</sup> Diese Kontrolle wurde ausgeübt bis zur deutschen Okkupation Griechenlands 1941.<sup>6</sup> Dies ist nur ein Beispiel für die finanziellen Schwierigkeiten, welche das moderne Hellas regelmäßig prägen. Der hellenische Staat war über die Hälfte der Jahre seit seiner Gründung 1830 bankrott.<sup>7</sup> Insofern wiederholt sich heute die Geschichte nur unter anderen Vorzeichen.

Aber wie sehen diese anderen Vorzeichen aus? Ziel dieser Arbeit soll es sein, jene Ursachen herauszuarbeiten, die dazu führten, dass der griechische Staat Ende 2009 erneut nahezu zahlungsunfähig war und seitdem von internationalen Institutionen gestützt werden muss. Für den Zeitraum von 1980 bis 2008 soll die Vorgeschichte der Krise betrachtet werden: Welche politischen Weichenstellungen begünstigten die Entwicklung Richtung Krisenszenario? Wel-

---

<sup>1</sup> Vgl. KRITIKOS und DREGER (2016); PILLER (2017).

<sup>2</sup> Vgl. PANAGIOTIDIS (2012), S. 142 ff.; BICKES, OTTEN und WEYMANN (2015), S. 327 ff.

<sup>3</sup> TRIKOUPIS (1893), zitiert nach KONRAD und ZSCHÄPITZ (2010), S. 50; SCHÖNHÄRL (2015), S. 188.

<sup>4</sup> Vgl. TZERMIAIS (1999), S. 106; FOUSKAS und DIMOULAS (2013), S. 66.

<sup>5</sup> Vgl. GALLANT (2016), S. 82; KONRAD und ZSCHÄPITZ (2010), S. 50.

<sup>6</sup> Vgl. WAIBEL (2014), S. 18.

chen Anteil hatten staatliche Behörden daran, dass der Staat 2009 ein enormes Einnahmedefizit aufwies? War die griechische Wirtschaft vor Ausbruch der Krise konkurrenzfähiger als heute? Wenn ja, warum trug dies nicht stärker zur Prosperität des Landes bei? Gab es gesellschaftliche Besonderheiten, die als Katalysator der Entwicklung wirkten und das katastrophale Ausmaß der späteren Krise begünstigten? Als Arbeitshypothese soll dabei folgende Aussage dienen: Politische Traditionen und kulturelle Eigenarten der Griechen haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Weltwirtschaftskrise nach 2008 dort stärker und nachhaltiger auswirken konnte als in anderen Ländern der Eurozone. Diese Aussage gilt es zu verifizieren.

Die Bachelorabschlussarbeit behandelt die genannten Fragen auf theoretischer Basis, ist von der Methodik her also eine reine Literaturarbeit. Sie beruht auf der Analyse von Äußerungen handelnder Akteure sowie der Auswertung amtlicher Statistiken und der einschlägigen Forschungsliteratur. Zur Illustration bestimmter Ereignisse werden auch journalistische Texte hinzugezogen. Da das Thema sowohl wirtschafts-, politik-, geschichts- und kulturwissenschaftliche Aspekte berührt, wird ein interdisziplinärer Ansatz verfolgt, der ausgewählte Literatur aus allen genannten Forschungsrichtungen einbezieht. Auf wissenschaftstheoretische Diskussionen der jeweiligen Gebiete kann dabei nicht eingegangen werden, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Aus dem gleichen Grund ist eine umfassende Besprechung der Sekundärliteratur, die zum Thema Griechenlandkrise mittlerweile Legion ist, unmöglich. Allerdings war, während die Zahl der Publikationen zur Krise seit 2009 unüberschaubar wurde, die Menge deutsch- und englischsprachiger Veröffentlichungen zuvor vergleichsweise übersichtlich. Das erstaunt angesichts der Tatsache, dass die maßgeblichen europäischen Entscheidungsträger sich doch 1980 und 2000 im Vorfeld von Europäischer-Gemeinschaft- (EG) bzw. Eurobeitritt ein detailliertes Bild des neuen Kandidaten machen mussten. Die dafür notwendige Vielfalt an (v. a. politikwissenschaftlicher) Literatur war aber nicht gegeben: Wenturis (1984) hat 1984 eine soziopolitische Analyse des griechischen Systems vorgelegt, die für die Entscheidungsträger 1980 zu spät kam, für die verantwortlichen Europäer 2000 aber wiederum veraltet war.<sup>8</sup> Gleiches gilt für Korisis (1980).<sup>9</sup> Lijphart (1994,1999) hat das Land in vergleichenden Analysen von 27 bzw. 36 Staaten quasi nebenher mit behandelt.<sup>10</sup> Andere Autoren durchleuchteten nur bestimmte Bereiche des Gesellschaftssystems. So haben sich

---

<sup>7</sup> Vgl. REINHART und ROGOFF (2011), S. 98.

<sup>8</sup> Vgl. WENTURIS (1984).

<sup>9</sup> Vgl. KORISIS (1980).

<sup>10</sup> Vgl. LIJPHART (1994, 1999).

Axt (1985) und Georgiadou (2002) mit der Panellinio Sozialistiko Kinima (PASOK) beschäftigt.<sup>11</sup> Tsakalidis (1999) und Kalis (1999) legten eher historiografische Überblicke vor.<sup>12</sup> Egner und Terzakis (2009) versuchten, mit der Herausgabe eines Aufsatzsammelbandes der Vielfalt von Strukturen und Akteuren im politischen Griechenland Herr zu werden.<sup>13</sup> Ebenfalls nicht als Monografie, sondern als Aufsatz, erschien ein knapp 50-seitiger Überblick zum politischen System von Zervakis und Auernheimer (2009).<sup>14</sup> Die Forschungsliteratur war seinerzeit nicht üppig, aber sie gab ausreichend Auskunft über einige institutionelle Probleme im Land. Zudem bezweifelten Wirtschaftsfachleute zur Jahrtausendwende die aus Athen nach Brüssel gemeldete Prosperität und Funktionalität des hellenischen Systems.<sup>15</sup> Warum die Regierungschefs der EU das Land dennoch in die Eurozone einluden, ist eine der Fragen, auf die diese Bachelorarbeit eine Antwort zu geben versucht. Erst nach Ausbruch der Finanz- und Staatskrise legte Westeuropa sein Augenmerk auf die Zustände im Land, suchten Forschungseinrichtungen Antworten auf die Frage nach dem Warum. Aus dem daraus erwachsenden Publikationsreichtum sollen einige Veröffentlichungen herangezogen werden. Die Auswahl ist in der Literaturliste ersichtlich. Einzig hervorgehoben werden soll ein von Klemm und Schultheiß (2015) herausgegebener Sammelband,<sup>16</sup> der ebenfalls dem interdisziplinären Ansatz verpflichtet ist, da in ihm Wirtschafts- und Politikwissenschaftler, Historiker, Germanisten, Finanz-, Verwaltungs- und Energiefachleute Artikel beigesteuert haben. Solcherart kann ein Mosaik der gesellschaftlichen Facetten die Ursachen und den Verlauf der Krise deutlich machen.

## **2 Ausmaß der Krise in Griechenland**

Als im November 2009 herauskam, dass das Staatsdefizit Griechenlands nicht 6 % betrug, wie bisher behauptet, sondern tatsächlich 15,6 %, führte dies zu Turbulenzen an den Börsen, die wegen der Lehmann-Brothers-Pleite noch unter Schock standen.<sup>17</sup> Unvorbereitet traf es die ganze Gesellschaft, als erstmals Ratingagenturen die griechische Kreditwürdigkeit herab-

---

<sup>11</sup> Vgl. AXT (1985); GEORGIADOU (2002).

<sup>12</sup> Vgl. TSAKALIDIS (1999); KALIS (1999).

<sup>13</sup> Vgl. EGNER und TERIZAKIS (2009).

<sup>14</sup> Vgl. ZERVAKIS und AUERNHEIMER (2009).

<sup>15</sup> Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010), S. 13.

<sup>16</sup> Vgl. KLEMM und SCHULTHEISS (2015).

<sup>17</sup> Vgl. KOMPSOPOULOS (2016), S. 98.

stufen. Ein auf tönernen Füßen stehendes Finanzsystem brach zusammen. Der zwangsläufige Anstieg von Zinsen auf Staatsanleihen brachte den Staat nah an die Zahlungsunfähigkeit: Im Mai 2010 beantragte Griechenland finanziellen Beistand vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der EU.<sup>18</sup> Dort wurde ein Dominoeffekt für andere angeschlagene Länder der Eurozone befürchtet, falls Griechenland ungeordnet Bankrott ginge. Eine Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF stellte Kredite in Höhe von 110 Mrd. € in Aussicht, wenn sich das Land Austeritätsmaßnahmen unterzöge, die es wettbewerbsfähiger machen und die Staatsfinanzen über 3 % Defizit heben würde.<sup>19</sup> Weitere Absprachen und Kredite folgten.<sup>20</sup> 2015 billigte die Eurogruppe ein drittes Memorandum, wonach Finanzhilfen in einzelnen Tranchen ausgezahlt werden – stets im Gegenzug zu festgelegten Reformen.<sup>21</sup> Da eine Währungsabwertung zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone unmöglich war, blieb nur eine interne Abwertung durch restriktive Senkung des Kostenfaktors Arbeit: Löhne, Renten und Pensionen wurden gekürzt, bis 2014 etwa 270.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen.<sup>22</sup> Heute sind von 10,8 Mio. Griechen nur noch 4,9 Mio. erwerbstätig. Die Erwerbslosenquote lag Ende 2016 mit 23,1 % etwas niedriger als noch drei Jahre zuvor (27,5 %), aber die hohe Jugendarbeitslosigkeit (2012: 58,8 %; 2016: 45,2 %) und der hohe Anteil an Langzeitarbeitslosen an den Erwerbslosen (2014: 73,5 %) ist fatal.<sup>23</sup> Da auch die 25-34-Jährigen mit 30,2 % (2016) überdurchschnittlich oft arbeitslos sind, wird deutlich, dass gerade junge Leute am meisten von der Krise getroffen sind.<sup>24</sup> Wie noch auszuführen sein wird, ist der hohe Selbstständigenanteil an den Beschäftigten (2014: 36 %)<sup>25</sup> prädestiniert für Steuervermeidung. Diese Einnahmen fehlen dem Staat für notwendige Sozialausgaben, Investitionen und beim Schuldendienst. Beim Ausbruch der Krise 2009 betrug das Minus des Staatshaushalts 35,99 Mrd. € und noch 2015 gab es trotz aller Reformanstrengungen ein Defizit von 7,41 Mrd. €. Weil diese Einnahmelücken mit neuen, verzinsten Krediten gefüllt werden, beträgt die Staatsverschuldung in

---

<sup>18</sup> Vgl. KAZAKOS (2015), S. 35.

<sup>19</sup> Vgl. EUROPEAN COMMISSION (2010).

<sup>20</sup> Vgl. EUROPEAN COMMISSION (2012, 2016); KAZAKOS (2015), S. 40.

<sup>21</sup> Vgl. EUROGROUP (2015).

<sup>22</sup> Vgl. BUSCH et al. (2012), S. 12, S. 14 und S. 19; KOMPSOPOULOS (2016), S. 99.

<sup>23</sup> Vgl. EL.STAT (2017a), S. 1 ff.

<sup>24</sup> Vgl. DESTATIS (2017).

<sup>25</sup> Vgl. ebenda.

Relation zum BIP mittlerweile 178,4 % (2015).<sup>26</sup> Inzwischen plädieren sogar Wirtschaftsno-  
belpreisträger und der IWF selbst für einen resoluten Schuldenerlass, da eine Rückzahlung  
unmöglich erscheint und zudem dauerhaft innerstaatliche Investitionen verhindert.<sup>27</sup> Die harte  
Sanierung des Staatshaushaltes ist Gift für die Wirtschaft. Bis 2016 hat Griechenland im Ver-  
gleich zur Zeit vor Ausbruch der Krise mehr als ein Viertel seiner Produktivkraft verloren.<sup>28</sup>  
Allein zwischen 2009 und 2012 meldeten 180.000 kleine und mittlere Betriebe Insolvenz  
an.<sup>29</sup> 2009 minderte sich die Wirtschaftsleistung um 4,3 %; 2010 um weitere 5,5 %; 2011 um  
9,1 %; 2012 um 7,3 %; und 2013 nochmals um 3,2 %, ehe 2014 der Schrumpfungsprozess  
gestoppt werden konnte. Momentan stagniert das Wachstum bei 0 % (2016).<sup>30</sup> Ein Problem  
besteht darin, dass das Export-Import-Gleichgewicht nicht gegeben ist. Im Jahr 2016 wurden  
Waren im Wert von 44,1 Mrd. € eingeführt, eigene Produkte jedoch nur im Wert von 25,4  
Mrd. € ausgeführt.<sup>31</sup> Dieses Defizit zeigt die international unzureichende Wettbewerbsfähig-  
keit der griechischen Wirtschaft auf. Die Arbeitsproduktivität rechtfertigt trotz harter Ein-  
schnitte noch immer nicht die Höhe der gezahlten Löhne und Gehälter. Die Inlandskaufkraft  
ist höher, als sie entsprechend des erwirtschafteten BIP eigentlich sein dürfte. Die Griechen  
erarbeiten ein BIP von lediglich 16.200 € pro Kopf (2015). Zum Vergleich: Der Durchschnitt  
im EU-28-Raum beträgt 28.900 €, die Deutschen bringen es auf 37.100 € pro Person. Immer-  
hin ist das Land produktiver als alle anderen osteuropäischen Staaten.<sup>32</sup> Auf der anderen Seite  
müssen die griechischen Bürger für ihre Lebenshaltung hohe Einkommensanteile aufwenden.  
Schon 2013 lag der Anteil der Wohnkosten an den Konsumausgaben der privaten Haushalte  
bei 24,76 % und jener der Nahrungsmittel bei 18,64 %.<sup>33</sup> Seitdem haben diverse Mehrwert-  
steuererhöhungen diese Anteile nochmals spürbar erhöht.<sup>34</sup> Dies trifft vor allem Geringver-  
diener, Arbeitslose und Rentner, bei denen diese Posten das gesamte Einkommen aufzehren.  
Das unterste Einkommensdezil hat zwischen 2009 und 2013 einen Verlust von 69 % des Re-  
aleinkommens erlitten.<sup>35</sup> Am härtesten trifft es die Kinder dieser Familien: In Griechenland

---

<sup>26</sup> Vgl. STATISTA (2017).

<sup>27</sup> Vgl. STIGLITZ (2015); IMF (2017), S. 2.

<sup>28</sup> Vgl. EUROSTAT (2017b).

<sup>29</sup> Vgl. KAZAKOS (2015), S. 55.

<sup>30</sup> Vgl. EUROSTAT (2017b).

<sup>31</sup> Vgl. EL.STAT (2017b), S. 8.

<sup>32</sup> Vgl. EUROSTAT (2017a).

<sup>33</sup> Vgl. DESTATIS (2017).

<sup>34</sup> Vgl. EUROPEAN COMMISSION (2015).

<sup>35</sup> Vgl. KOMPSOPOULOS (2016), S. 99.



gibt es keine Schulspeisung und die Eltern geben normalerweise den Kindern das Essen in die Schule mit. Etlichen Familien fehlt nun das Geld dafür.<sup>36</sup> Die Kinder haben dann weder Frühstück noch Mittagessen und lernen mit leerem Magen. Gesundheitsexperten sprechen von 10 % der Grund- und Mittelschüler, die 2012 mit „Nahrungsunsicherheit“ lebten, d. h., sie litten Hunger oder mussten mit einer permanenten Hungerwahrscheinlichkeit umgehen.<sup>37</sup> Angesichts solcher Zustände und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit erfolgt ein Exodus Tausender gut ausgebildeter, vor allem junger Fachkräfte nach den prosperierenden Staaten Resteuropas, was einen schmerzlichen Braindrain darstellt, welcher die Wirtschaft noch weniger wettbewerbsfähig macht.<sup>38</sup> Noch schlimmer: Die Suizidrate ist in den Jahren der Krise um 35,7 % gestiegen.<sup>39</sup> Soziale Krisen verschaffen radikaleren politischen Parteien Aufschwung: So gewann 2015 die linke Synaspismos Rizospastikis Aristeras (SYRIZA) die Parlamentswahlen und die neonazistische Chrysi Avgi wurde drittstärkste Kraft.<sup>40</sup> Die bisher agierenden Parteien der Mitte hatten sich politisch diskreditiert und galten der breiten Bevölkerung als wenig reformfähig.

80,8 % des BIP werden durch den Dienstleistungssektor erwirtschaftet. Die Landwirtschaft trägt nur 4 % bei, das produzierende Gewerbe lediglich 15,2 % (2015).<sup>41</sup> Folgerichtig ist Griechenland auf dem Weltmarkt unterrepräsentiert. Erschwerend kommen strukturelle Hemmnisse hinzu. 2008 ergab eine Studie des World Economic Forum (WEF), dass der problematischste Faktor, der in Griechenland das Geschäftsleben behindert und wirtschaftliche Transaktionen hemmt, die ineffiziente Bürokratie der staatlichen Behörden ist (26,5 %). Danach kommen mit 15,6 % die unübersichtlichen Steuerregularien, gefolgt von den restriktiven Arbeitsvorschriften (12,6 %). Bereits an vierter Stelle führt das WEF mit 12 % die Korruption auf.<sup>42</sup> Griechenland rangiert derzeit auf Platz 69 von 183 im Corruption Perceptions Index von Transparency International und damit noch hinter Ruanda und Oman. Innerhalb der EU ist nur noch Bulgarien korrupter.<sup>43</sup> Immerhin haben Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung dazu geführt, dass sich der Index etwas verbessert hat: 2012 lag Griechenland noch auf

---

<sup>36</sup> Vgl. ALDERMAN (2013).

<sup>37</sup> Vgl. ebenda.

<sup>38</sup> Vgl. GKOLFINOPOULOS (2016), S. 166; GEORGIOU (2012), S. 132 ff.

<sup>39</sup> Vgl. BRANAS et al. (2014), S. 1.

<sup>40</sup> Vgl. MINISTRY OF INTERIOR (2015).

<sup>41</sup> Vgl. DESTATIS (2017).

<sup>42</sup> Vgl. GKOLFINOPOULOS (2016), S. 161.

<sup>43</sup> Vgl. TRANSPARENCY INTERNATIONAL (2017).

Platz 81.<sup>44</sup> Ein anderes Hemmnis ist die Schattenökonomie, die in Griechenland 22,4 % des BIP erwirtschaftet, ohne dass der Staat daraus Steuereinnahmen hat.<sup>45</sup> Im Folgenden soll ausführlich dargestellt werden, wie solche gesellschaftlichen Strukturen es möglich machten, dass die Wirtschaftskrise 2009 ausgerechnet in Griechenland derart eskalieren konnte.

### **3 Institutionelle Ursachen**

Laut Hodgson (2006) kann eine Institution als System etablierter und verbreiteter Sozialregeln, die soziale Interaktionen strukturieren, definiert werden.<sup>46</sup> Institutionen hängen von den Gedanken und Taten der Individuen ab, lassen sich jedoch nicht darauf reduzieren. Vielmehr beschränken oder ermöglichen sie ein bestimmtes Verhalten.<sup>47</sup> Soziale Institutionen sind konstitutiv. Sie formen und fügen Elemente in eine allgemeinere Ebene ein, die Sozialstruktur genannt wird.<sup>48</sup> North (1990) unterscheidet formelle und informelle Institutionen.<sup>49</sup> Formell seien Regeln und Gesetze; mit informellen Institutionen meint er die jeweils unterschiedlichen, kulturspezifischen Verhaltenskodizes.<sup>50</sup> Der eigenen Erfahrung nach bestimmen zwei informelle Institutionen die griechische Gesellschaft maßgeblich: Korruption und Steuerhinterziehung. Beide sollen nunmehr genau betrachtet werden, weil sie im System tief verwurzelt sind.

#### **3.1 Korruption**

Laut Transparency International kann diese informelle Institution folgendermaßen definiert werden: „Korruption ist der Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.“<sup>51</sup> Dabei müssen drei Voraussetzungen gegeben sein: 1. Eine Seite der Handelnden muss eine private oder öffentliche Machtposition besitzen; 2. es gibt einen Missbrauch dieser

---

<sup>44</sup> Vgl. LIARGOVAS und REPOUSIS (2013), S. 84.

<sup>45</sup> Vgl. PAPANIKOS (2016), S. 85 ff.

<sup>46</sup> Vgl. HODGSON (2006), S. 2.

<sup>47</sup> Vgl. ebenda.

<sup>48</sup> Vgl. WELLS (1970), 3; HODGSON (2006), S. 2.

<sup>49</sup> Vgl. NORTH (1990), S. 4.

<sup>50</sup> Vgl. ebenda.

<sup>51</sup> BAKOURIS und SOTIROPOULOS (2015), S. 143.

Macht, also illegale Handlungen innerhalb der Position; 3. der Missbrauch zielt auf einen privaten Nutzen oder Vorteil ab.<sup>52</sup>

Wie in der Einleitung dieser Arbeit bereits erwähnt, lag Griechenland 2012 im weltweiten Länderranking der ehrlichsten Staaten mit einem Index von 43 von 100 nur auf Platz 81 von 176 Staaten.<sup>53</sup> Das war für ein demokratisch verfasstes EU-Mitglied eine ernüchternde Statistik. „Die weit verbreitete Korruption in Griechenland ist [...] mehr vergleichbar mit der Situation eines Entwicklungslandes als mit der, die man in anderen Mitgliedstaaten der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) und der Eurozone beobachtet.“<sup>54</sup> 2008, vor Ausbruch der Krise, verursachte die Korruption Kosten von 748 Mio. Euro.<sup>55</sup> Laut Transparency International zahlten 13,5 % der griechischen Haushalte regelmäßig Bestechungsgelder. Davon entfielen 9,5 % auf den öffentlichen Sektor und 5,1 % auf den Privatsektor.<sup>56</sup> Dieses Ungleichgewicht hat sich mit der Krise verschärft: Betrug das Verhältnis zwischen öffentlich und privat gezahlten Bestechungsgeldern 2008 noch 53,5:46,5, so fanden 2012 68 % der Bestechungen im öffentlichen und nur 32 % im privaten Raum statt – freilich bei insgesamt nachlassender Bestechungsneigung.<sup>57</sup> Nach einer Studie von Kaufmann (2010) hat der griechische Staat vor der Krise aufgrund dieser Praktiken jährlich den Gegenwert von 6,5 % des BIP verloren.<sup>58</sup> Der Generalinspektor der öffentlichen Verwaltung Griechenlands, Rakintzis, schätzte 2013 den jährlichen Schaden auf 30-32 Mrd. €, also sogar auf 10 % des BIP.<sup>59</sup> Laut Brookings Institution hätte die griechische Regierung bei einer konsequenteren Bekämpfung der Korruption ein geringeres Haushaltsdefizit von 4 % des BIP haben können.<sup>60</sup> Dabei trugen die griechischen Regierungen selbst zur Korruption bei, indem sie ineffiziente Gesetze und Regeln schufen, welche den freien Wettbewerb behinderten. Komplizierte oder widersprüchlich formulierte Verordnungen, intransparente Behörden sowie eine übermächtige Bürokratie bildeten die Basis für die verbreitete Korruption.<sup>61</sup> Viele Politiker profitierten di-

---

<sup>52</sup> Vgl. BAKOURIS und SOTIROPOULOS (2015), S. 143 f.

<sup>53</sup> Vgl. LIARGOVAS und REPOUSIS (2013), S. 84.

<sup>54</sup> MITSOPOULOS und PELAGIDIS (2012), S. 19.

<sup>55</sup> Vgl. TRANSPARENCY INTERNATIONAL (2012), S. 12.

<sup>56</sup> Vgl. ebenda, S. 3.

<sup>57</sup> Nur noch 8,9 % der Haushalte gaben Bestechungen zu (Kosten: 420 Mio. Euro), vgl. ebenda, S. 9 f.

<sup>58</sup> Vgl. KAUFMANN (2010).

<sup>59</sup> Vgl. DABILIS (2013).

<sup>60</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 92.

<sup>61</sup> Vgl. MITSOPOULOS und PELAGIDIS (2012), S. 4.

rekt von den Bestechungsgeldern und hatten dementsprechend kaum Interesse an einer Änderung des Status quo.<sup>62</sup> Manolopoulos (2011) beschreibt die Korruption als ein in Staat und Gesellschaft tief verwurzeltes Phänomen.<sup>63</sup> Bestechungsskandale erschütterten das Land so regelmäßig, dass sie systemisch genannt werden müssen. Drei Beispiele aus dem Untersuchungszeitraum sollen das illustrieren:

Im Jahr 1988 wurde Giorgos Koskotas, der damalige Besitzer der Bank von Kreta, verhaftet. Er hatte diese 1984 billig erworben und um sie herum ein kleines Wirtschaftsimperium mit einer Radiostation, drei Zeitungen und einem Fußballverein entwickelt. 1985 spendierte er dem Wahlkampf des PASOK-Politikers Andreas Papandreou umgerechnet 1 Mio. DM. Nach dem Gewinn der Wahl forderte die Regierungspartei Koskotas auf, eine Großdruckerei zu gründen, in der von nun an das Werbematerial für die PASOK gefertigt wurde – wodurch er also regelmäßig Aufträge bekam.<sup>64</sup> Der Premierminister selbst soll dann 1987 Koskotas aufgefordert haben, für den nächsten Wahlkampf 5 Mrd. Drachmen zu spenden. Er würde als Gegenleistung die Guthaben diverser Staatsunternehmen auf der Kreta-Bank führen lassen. Die Provisionen daraus sollten sich PASOK und Koskotas teilen.<sup>65</sup> Als es 1991 zur Gerichtsverhandlung kam, wurde bekannt, dass führende Parteikader solcherart an der Unterschlagung von 200 Mio. US-Dollar beteiligt waren. Auf Drängen der Opposition war Anklage gegen den Expremier und zwei seiner Minister erhoben worden, aber Papandreou wurde freigesprochen und seine Minister kamen mit Bewährung davon.<sup>66</sup> Solche milden Urteile für unlautere Politiker sendeten ein verheerendes Signal an die korruptionsaffinen Teile der Bevölkerung.

Der Siemens-Bestechungsskandal, der von 2000 bis 2006 dauerte, ist juristisch bis heute nicht abschließend aufgearbeitet.<sup>67</sup> Er ist ein prägnantes Beispiel für den institutionalisierten Charakter der griechischen Korruption. In diesem Fall haben Führungskräfte des deutschen Siemens-Konzerns über Jahre hinweg immense Bestechungsgelder an griechische Politiker gezahlt, um öffentliche Aufträge in den Bereichen Telekommunikation und Logistik zu erhalten.<sup>68</sup> Die Routine flog auf, als schweizerische Staatsanwälte Ermittlungen zu ungewöhnli-

---

<sup>62</sup> Vgl. MITSOPOULOS und PELAGIDIS (2012), S. 8.

<sup>63</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 95.

<sup>64</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 448.

<sup>65</sup> Vgl. DER SPIEGEL (1991).

<sup>66</sup> Vgl. SIMONS (1992); MANOLOPOULOS (2011), S. 100 f.; RICHTER (2015b), S. 448.

<sup>67</sup> Vgl. HANDELSBLATT (2016).

<sup>68</sup> Vgl. ebenda.

chen Geldüberweisungen anstrebten. Die griechischen Politiker hatten das Siemens-Geld auf Offshore-Konten eingezahlt und so gewaschen. Dabei wirkten Vertreter von PASOK und Nea Dimokratia (ND) kollusiv zusammen. Beide Parteien verwendeten die Schmiergelder zur Wahlkampffinanzierung.<sup>69</sup> Siemens hat insgesamt 1,3 Mrd. € für die Bestechungen gezahlt und darüber hinaus noch 2,5 Mrd. € für Strafgeelder und Anwaltskosten.<sup>70</sup> Während Führungskräfte des Konzerns vor Gericht standen, ist bis heute kein griechischer Politiker angeklagt worden.<sup>71</sup>

Ebenfalls Bestechungen in Millionenhöhe tätigte 2000-2002 die damalige MAN-Tochterfirma Ferrostaal, die als Zwischenhändler für den deutschen Industriekonzern ThyssenKrupp einen Auftrag für den Bau von vier U-Booten an Land zog. Der Einkaufspreis betrug 2,85 Mrd. €. Ferrostaal-Führungskräfte zahlten das Schmiergeld an einen „Gebetskreis“, der es an griechische Regierungsmitglieder weiterleitete. Die Korruption wurde erst 2009 offenbar, als MAN seine Tochterfirma an einen arabischen Staatsfonds veräußern wollte.<sup>72</sup> Die deutsche Justiz konnte Ferrostaal Bestechungen in Höhe von 62 Mio. € nachweisen, verurteilte die Firma zu einer Strafzahlung von 140 Mio. €. Zwei Führungskräfte erhielten Bewährungs- und Geldstrafen.<sup>73</sup> In diesem Fall, wohl im Zuge von Reformbemühungen nach Ausbruch der Krise, wurde auch die griechische Justiz aktiv. Sie verurteilte den zur Tatzeit amtierenden Verteidigungsminister Tsochatzopoulos 2013 zu 20 Jahren Haft.<sup>74</sup> Bestechungen für griechische Rüstungsaufträge waren in den 2000ern Usus. In diesem Zusammenhang ermittelt(e) die deutsche Justiz auch gegen Daimler, KMW, Rheinmetall, STN Atlas und Airbus Helicopters.<sup>75</sup>

Die Offenlegung solcher Skandale durch die Medien war nicht selbstverständlich. Bis 1989 sind griechische TV- und Radiosender ausnahmslos öffentlich-rechtlich strukturiert gewesen, was Regierungsinteressen durchzusetzen half. Für die dann zugelassenen Privatsender blieben die Frequenzen knapp. Die Lizenzvergaben durch die Behörden waren intransparent und damit korruptionsanfällig. Es konnten neue Abhängigkeiten geschaffen werden.<sup>76</sup> 2008 war das

---

<sup>69</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 98.

<sup>70</sup> Vgl. GUYTON (2011).

<sup>71</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 98.

<sup>72</sup> Vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (2012).

<sup>73</sup> Vgl. BOCKENHEIMER und SIMANTKE (2015).

<sup>74</sup> Vgl. SPIEGEL ONLINE (2013).

<sup>75</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 99; BOCKENHEIMER und SIMANTKE (2015).

<sup>76</sup> Vgl. BAKOURIS und SOTIROPOULOS (2015), S. 149 f.

Fernsehen medial noch absolut meinungsbildend: 46 % der Bevölkerung erwarb sein Weltwissen ausschließlich durch TV, 24 % durch TV und Radio und nur 4 % durch die Presse. Politisch unterkomplexe Privatsender dominierten den Konsum.<sup>77</sup> Diese Privatmedien befanden sich im Dilemma: Einerseits brachten Skandalberichte Quoten (also Profite), andererseits verfolgten die Besitzer eigene politische Interessen und wollten diese oder jene Partei unterstützen. Zudem war das Durchstecken interner Informationen aus Verwaltung, Polizei und Justiz, z. B. das Weitergeben von Gerichtsakten, in Griechenland nichts Besonderes. Verstöße gegen den Datenschutz wurden nicht geahndet.<sup>78</sup> Wenn also Skandale, wie die oben beschriebenen, durch die griechischen Medien gingen, so kann bei deren Verflechtung mit den staatlichen Institutionen davon ausgegangen werden, dass genau diese Skandale so gewollt waren.<sup>79</sup>

Nicht alle griechischen Politiker und Beamten waren korrupt, aber jene, die es waren, verschafften sich durch die Bestechungsgelder nicht nur private Gewinne, sondern konnten sich damit wiederum Vorteile in der politischen Arena kaufen – seien es Alliierte oder eine hilfreiche mediale Berichterstattung.<sup>80</sup> Selbst wenn eine Strafverfolgung gewollt worden wäre, so wäre sie schwierig gewesen, weil Artikel 62 der griechischen Verfassung den Parlamentariern Immunität zugestand. Ohne Zustimmung des Parlaments konnten sie nicht angeklagt und verurteilt werden.<sup>81</sup> Seitdem sich ab 1974 die Parteien ND und PASOK an der Spitze des Landes abwechselten, gab es keine Regierung, gegen die nicht mit Fug und Recht Korruptionsvorwürfe erhoben worden wären. Nichtsdestotrotz ist bis 2011 kein einziger Politiker dieser Parteien jemals juristisch zur Rechenschaft gezogen worden.<sup>82</sup>

Wer von der Korruption der Politiker spricht, darf die übrigen Bürger nicht verschweigen. Immerhin gaben 56 % der Griechen zu, dass sie es moralisch nicht verwerflich fanden, Staatsbeamte zu bestechen, um an Vorteile zu gelangen.<sup>83</sup> Laut Manolopoulos (2011) gilt dies als sicheres Signal dafür, dass Korruption institutionalisiert und kulturell akzeptiert ist, wenn es einen umgangssprachlichen Begriff zur Tatbeschreibung gibt.<sup>84</sup> Die griechische Sprache

---

<sup>77</sup> Vgl. IOM – Institut für audiovisuelle Medien (2008), nach GEORGAKIS (2009), S. 179.

<sup>78</sup> Vgl. ebenda, S. 150 f.

<sup>79</sup> Vgl. ebenda, S. 151.

<sup>80</sup> Vgl. PELAGIDIS und MITSOPOULOS (2014), S. 74.

<sup>81</sup> Vgl. ebenda, S. 81 ff.

<sup>82</sup> Vgl. TSIMITAKIS (2011).

<sup>83</sup> Vgl. PANOUSIS und STRAGALINOS (2011), S. 5.

<sup>84</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 90.

kennt sogar zwei Wörter: Misa wird für Vorstellungsgebühren oder Schmiergelder im privaten und geschäftlichen Bereich gebraucht. Der Begriff kommt zumeist bei Auftragsvergaben zur Sprache.<sup>85</sup> Fakelaki („kleiner Umschlag“) gilt als sozialverträgliche Methode, um öffentliche Dienste zu beschleunigen. Er geht z. B. an Ärzte für Vorzugsbehandlungen im öffentlichen Gesundheitssystem, an Beamte für Baugenehmigungen oder an Steuerinspektoren für das Durchwinken manipulierter Steuererklärungen.<sup>86</sup> Letzteres war im Land durchaus verbreitet, wie im nächsten Abschnitt näher erläutert werden soll.

### 3.2 Steuerhinterziehung

Die griechische Steuerpolitik von 1980 bis 2008 hat wesentlich zur Entstehung der Krisensituation 2009 beigetragen: „Ihr Regelungsrahmen war unpräzise, kompliziert und instabil. Darüber hinaus war die Steuerverwaltung ineffizient, zersplittert und irrational [...]“<sup>87</sup> Am verheerendsten für die Steuermoral im Land wirkte sich aus, dass die Lasten sehr ungleich und unverhältnismäßig verteilt waren. 2008 entfielen 47,5 % der Einkommenssteuer auf Löhne und Renten, 35 % auf Unternehmen und nur 17,5 % auf Freiberufler und Gewerbetreibende.<sup>88</sup> Lohnabhängig Beschäftigte und Rentner sorgten also für den größten Steueranteil, weil sie weniger in der Lage waren, ihre Abgaben über Abschreibungen und gesetzliche Lücken herunterzurechnen. Verschärfend hinzu kam, dass nur eine gut verdienende Minderheit der Bevölkerung den Großteil der Ertrags- und Einkommenssteuer zahlte und Familien mit Durchschnittseinkommen gar keine.<sup>89</sup> Die Mehrheit der Beschäftigten meldete der Steuerbehörde ein so niedriges Einkommen, dass es gerade so ausreichte, um von der Steuer befreit zu werden.<sup>90</sup> Dabei war der Grundfreibetrag mit 12.000 € schon hoch angesetzt.<sup>91</sup> Im wirtschaftsstarken Deutschland lag die Grenze bei 7.664 € pro Person.<sup>92</sup> Schon eine Absenkung auf den damaligen EU-Durchschnitt von 6.700 € hätte zusätzliche Staatseinnahmen von 1,5 Mrd. € eingebracht.<sup>93</sup> Eine Reduzierung auf 8.636 € setzte die Troika dann auch gleich mit

---

<sup>85</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 91.

<sup>86</sup> Vgl. LYNN (2011), S. 121.

<sup>87</sup> KARKATSOULIS (2015), S. 431.

<sup>88</sup> Laut Bericht der griechischen Wirtschaftskammer von 2010, nach ebenda, S. 431.

<sup>89</sup> Vgl. MITSOPOULOS und PELAGIDIS (2012), S. 155 f.

<sup>90</sup> Vgl. ebenda, S. 161.

<sup>91</sup> Vgl. HUG (2010).

<sup>92</sup> Laut Steueränderungsgesetz 2007 v. 19.7.2006, in: BGBl. I, 1652 (Nr.35).

<sup>93</sup> Vgl. HUG (2010).

dem 1. Memorandum durch.<sup>94</sup> Momentan laufen Verhandlungen darüber, den Steuerfreibetrag ab 2019 auf 5.900 € abzusenken.<sup>95</sup> Von den 5,5 Mio. Einkommenssteuerklärungen, die 2007 eingereicht wurden, meldeten 3 Mio. ein Jahreseinkommen unter 12.000 € und blieben somit steuerfrei – d. h., 54 % der Beschäftigten zahlten nur 0,4 % der Gesamtsteuereinnahme.<sup>96</sup> Jene Beschäftigten dagegen, die ein Jahreseinkommen von 30.000-75.000 € meldeten und 11,43 % der Einkommenssteuererklärungen einreichten, zahlten 50,52 % der Gesamteinnahme. Die höchste Steuergruppe, jene mit einem Einkommen von über 75.000 €, erbrachte 23,99 % der Gesamteinnahme, obwohl lediglich 1,07 % der eingereichten Steuererklärungen auf sie entfielen.<sup>97</sup> Die Besserverdienenden trugen den größten Teil der Steuerlast, während Millionen von durchschnittlich verdienenden Griechen ihre Steuern erfolgreich zu minimieren wussten.

Das griechische Unternehmertum agierte ähnlich und dieses Gebaren war schwer auszumergen. Noch 2011 gab es 220.000 Firmen, die weniger als 1,2 Mio. € Jahresumsatz meldeten. Dafür zahlten sie durchschnittlich 5.400 € Steuern. Nur 901 Unternehmen (0,4 %) gaben höhere Einnahmen an, aber zahlten 61,6% der Steuern – im Durchschnitt 2,1 Mio. €.<sup>98</sup> Die Steuerpolitik förderte mit ihren Regelungen eine Inflation von Miniunternehmen (unter 10 Beschäftigte). 56 % der griechischen Arbeitsplätze befanden sich in solchen Kleinfirmen.<sup>99</sup>

Das Gebaren von Großunternehmen, die ihre Abgaben auf Profite durch Steuervermeidung und Gewinnverschleierung (z. B. Ausflagging der Schiffe durch Reeder, Anlage von Gewinnen in Stiftungen und Steuerparadiesen) auf nahezu Null brachten, hatte in Griechenland verheerenden Vorbildcharakter. Die Bevölkerung sah das Verschweigen von Einkünften als gerecht an in einem insgesamt als unfair empfundenen System, in welchem die Eliten ihre Steuerschäfchen ins Trockene zu bringen wussten.<sup>100</sup> Davon abgesehen hat die Steuerhinterziehung eine lange kulturelle Tradition, die bis auf die Eroberung des Oströmischen bzw. Griechischen Reichs durch die Osmanen 1453 zurückgeht. Der heutige Nationalcharakter wurde nicht unwesentlich im Überlebenskampf der Rhomäer gegen die Besatzer geprägt. Dazu gehörte, dass sich die Unterschlagung der Charatsi (der islamischen Kopfsteuer, welche die

---

<sup>94</sup> Vgl. HATZINIKOLAOU und TZORTZI (2016).

<sup>95</sup> Vgl. HÜBEL (2017).

<sup>96</sup> Vgl. MITSOPOULOS und PELAGIDIS (2012), S. 154 f.

<sup>97</sup> Vgl. ebenda, S. 156.

<sup>98</sup> Vgl. GEORGAKOPOULOS (2016).

<sup>99</sup> Vgl. HUG (2010).

<sup>100</sup> Vgl. PANOUSIS und STRAGALINOS (2011), S. 6.



Christen zahlen mussten) zu einem Akt des griechischen Widerstands entwickelte.<sup>101</sup> Nach Erlangung der Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich wurde diese Steuerhinterziehung fortgesetzt, weil viele der nun agierenden griechischen Politiker ehemalige Zöllner waren. Die Widerstandshandlung wurde einfach auf die neuen, für korrupt gehaltenen Staatseliten ausgedehnt.<sup>102</sup> Solcherart verankerte sich die Steuerhinterziehung über Generationen und Jahrhunderte hinweg als Tradition und informelle Institution. Im Untersuchungszeitraum 1980-2008, aber auch heute noch, werden Steuern auf vielerlei Weise hinterzogen: Angestellte geben Nebeneinkünfte oder Boni nicht an; Selbstständige stellen Rechnungen und Quittungen nicht aus (oder vermerken dort zu niedrige Summen); Bauern verkaufen ihre Produkte ohne Nachweis, verschaffen sich aber im Gegenzug fingierte Rechnungen, um die Mehrwertsteuer erstattet zu bekommen; Vermieter geben Hausbewohner nicht an, um Mietzins steuerfrei einzunehmen; Gewerbetreibende melden geringere Umsätze, arbeiten mit doppelten Kassen; Bauunternehmer geben statt des Verkehrswerts der Immobilie nur den amtlichen Schätzwert an; Hoteliers schließen mit ausländischen Touristikunternehmen Doppelverträge, wobei der Gewinn aus der verschwiegenen Einkommenslücke gleich auf dem Auslandskonto bleibt usw.<sup>103</sup> Die Steuerverluste des griechischen Staates durch die Schattenwirtschaft sind immens, da diese eine informelle Parallelwirtschaft darstellt. Paraökonomie zeigt sich nicht nur durch legal erzielte Einkommen, welche dem Finanzamt verschwiegen werden, sondern auch durch illegale Aktionen wie Benzin-, Tabak- und Drogenschmuggel, Schwarzmarkthandel oder den nicht lizenzierten Verkauf heimproduzierter Waren.<sup>104</sup> Im Jahr 2004 erwirtschaftete die Schattenwirtschaft Werte in Höhe von 28,1 % des BIP und 2008 von 24,3 % des BIP.<sup>105</sup> Der durchschnittliche Anteil in den Jahren 1999 bis 2007 betrug 27,5 %.<sup>106</sup> Dem Staatshaushalt gingen dadurch enorme Steuereinnahmen verloren. Eine Verfolgung durch die Finanz- und Justizbehörden mussten die Steuersünder kaum befürchten, fehlte es doch dafür am Willen der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Bei Ausbruch der Krise 2009 hatte sich die offene Steuerschuld auf 36,8 Mrd. € summiert: 15,9 % des BIP. Von den einzunehmenden Steuern wurden nur 56,8 % wirklich kassiert. Juristische Prozesse durch alle Distanzen zur Eintreibung von Steuerschuld dauerten 11-13 Jahre. Bei 800.000 offenen Verfahren wundert es nicht, dass

---

<sup>101</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 64 f.

<sup>102</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 65.

<sup>103</sup> Vgl. PANOUSIS und STRAGALINOS (2011), S. 7 f.

<sup>104</sup> Vgl. ebenda, S. 6.

<sup>105</sup> Vgl. SCHNEIDER und BOOKMANN (2015), S. 24.

<sup>106</sup> Vgl. SCHNEIDER, BUEHN und MONTENEGRO (2010), S. 24.

schon die Erinstanz 5 Jahre zur Bearbeitung brauchte.<sup>107</sup> Legendär ist der Fall der sogenannten Lagarde-Liste mit 2.062 potenziellen griechischen Steuerhinterziehern und Kunden der HSBC-Bank in Genf, die 2010 dem damaligen Finanzminister Papakonstantinou übergeben wurde, damit er Strafverfahren einleiten konnte. Papakonstantinou „verlor“ diese Liste, und als 2012 der Datenträger wiederauftauchte, fehlten die Namen von vier Verwandten von ihm.<sup>108</sup> Bis heute werden die Ermittlungen zur Liste verschleppt. Nur ein Bauunternehmer musste eine Nachzahlung leisten.<sup>109</sup> Zur Verfolgung fehlen Wille, Personal und Sachmittel. Viele Steuerbeamte haben keine Kopierer, Computer oder Internetanschlüsse. Eine zentrale Datenbank ist nicht existent und statt E-Mails werden wie im 19. Jahrhundert Briefe zwischen den Behörden hin- und hergeschickt.<sup>110</sup>

## 4 Politische Ursachen

Neben den beschriebenen informellen Institutionen haben auch politische Weichenstellungen und ein originär-griechisches Staatsverständnis die Basis für den Ausbruch der Krise gelegt. Nachfolgend soll beschrieben werden, wie der Klientelismus, das Zweiparteiensystem des Landes und eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik ihren Beitrag dazu leisteten.

### 4.1 Klientelismus

Als Clientela bezeichneten die alten Römer eine Schutzverwandtschaft. Der davon abgeleitete moderne politische Fachbegriff Klientelismus meint laut Ziemer (2010) „ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zweier Akteure (Individuen oder Gruppen), die über ungleiche Ressourcen verfügen, die sie zum beiderseitigen Nutzen einsetzen.“<sup>111</sup> Diese (im besten Falle halblegale) Beziehung ist durch Asymmetrie, Abhängigkeit und Gegenseitigkeit geprägt, d. h., der Patron nutzt den Klienten aus, ist aber in Notlagen auch zur Hilfeleistung verpflichtet.<sup>112</sup> Weitz-Shapiro (2014) definiert Klientelismus als individualisierten, möglichen Austausch von Gütern und Dienstleistungen gegen politische Unterstützung oder Wahlstim-

---

<sup>107</sup> Vgl. KARKATSOULIS (2015), S. 432.

<sup>108</sup> Vgl. MOUNT (2015), S. 185.

<sup>109</sup> Vgl. PILLER (2015).

<sup>110</sup> Vgl. WEICHERT (2015).

<sup>111</sup> ZIEMER (2010), S. 465.

<sup>112</sup> Vgl. ebenda, S. 465 f.

men.<sup>113</sup> Im Griechischen gibt es einen eigenen Begriff dafür, weshalb auch dieses Phänomen zu den informellen Institutionen gezählt werden kann: Rousfeti ist ein Lehnwort aus dem Türkischen, wo rüsvet eine kleine Gefälligkeit im Ausgleich für andere Gefälligkeiten bezeichnet.<sup>114</sup> Hier wird deutlich, dass die Tradition schon aus Zeiten der osmanischen Besatzung stammt. Mit dort geschaffenen Klientelnetzen verschafften sich nach der Gründung des griechischen Staates einige wirtschaftlich starke Großfamilien Regierungsämter. Damit etablierten sie die erlernten vormodernen Handlungsmuster zum wirtschaftlichen und politischen Machterhalt, verhinderten so die Herausbildung einer legalen Herrschaft mit rechtssicherer, professioneller Verwaltung, welche dem neuen Staat die notwendige Legitimität hätte verleihen müssen.<sup>115</sup> 1830 hatte sich eine informelle Machtpyramide im Land ausgebildet, die an der Spitze die reichsten Familien und an der Basis etliche regionale Clans offenbarte. Großgrundbesitzer sowie einige Großhändler und Reeder stellten die Führungsfiguren der ersten drei griechischen Parteien, die als russische, englische und französische Partei auch selbst als Klientel der Schutzmächte erkennbar waren.<sup>116</sup> Als deren Statthalter sicherten sie sich mittels Günstlingswirtschaft die Herrschaft, korrumpierten Polizei, Justiz und Armee: „Der Staat galt seitdem als legitimes Ausbeutungsobjekt der Parteien.“<sup>117</sup> Den Klientelismus hat Griechenland mit anderen Balkanstaaten gemein, wo die Interessen der herrschenden Clans die Verantwortung für das Gemeinwesen verdrängen. Westeuropäische Einflüsse haben dies bis heute nicht ganz korrigieren können.<sup>118</sup> Mit den Parteien bzw. einer Regierungsbeteiligung nutzten die Patrone andere Mittel für den gleichen Zweck: Nun konnten mit angemessenen Staatsgeldern oder der Vergabe von Verwaltungsposten Wahlstimmen gekauft werden.<sup>119</sup> Die Parteien in Griechenland sind deshalb als verfeindete Klientelnetze einflussreicher Patrone (Parteiführer) anzusehen. Politische Programme stehen zwar auf dem Papier, aber es geht überwiegend darum, den autokratisch vorgegebenen Kurs des Vorsitzenden umzusetzen. Viele Wähler machen ihr Kreuz deshalb nicht für eine bestimmte Parteipolitik, sondern nur gegen jene Partei, die im Vorfeld unzureichend Rousfeti gewährt hat.<sup>120</sup> Dies ist zu bedenken, wenn

---

<sup>113</sup> Vgl. WEITZ-SHAPIRO (2014), S. 5.

<sup>114</sup> Vgl. HERMANN (2012).

<sup>115</sup> Vgl. STERGIU (2015a), S. 113.

<sup>116</sup> Vgl. GRÜTER (2015); STERGIU (2015a), S. 114.

<sup>117</sup> STERGIU (2015a), S. 115.

<sup>118</sup> Vgl. MOUZELIS (1991), S. 227 ff.

<sup>119</sup> Vgl. ebenda, S. 20.

<sup>120</sup> Vgl. ebenda, S. 21.

der Einfluss des Klientelismus auf die griechische Politik zwischen 1980 und 2008 bewertet werden soll, was nachfolgend geschehen soll.

## 4.2 Parteipolitik und öffentlicher Sektor

Dem griechischen Parteienstaat wird ein von westeuropäischen Normen divergierender, mitunter anachronistisch wirkender Sonderweg bescheinigt.<sup>121</sup> Zervakis (2004) sieht diesen von zwei Determinanten geprägt: einerseits von der Dominanz politischer Führer über die Staatsorgane und politischen Institutionen (was eine schwache Bürgergesellschaft nach sich zieht), andererseits vom Parteienklientelismus, der Populismus und partikularistische Tendenzen fördert.<sup>122</sup> Das heutige Politsystem basiert auf dem Umbruch nach dem Sturz des Obristenregimes 1974 bis zur Inkraftsetzung einer neuen Verfassung 1975. Im Jahr 1974 sind mit der ND und der PASOK zwei Parteien gegründet worden, die über den gesamten Untersuchungszeitraum 1980-2008 hinweg die Dritte Republik abwechselnd dominierten.<sup>123</sup> Das komplexe Wahlsystem war dabei „ein typischer Ausfluss endogener kultureller Überformung des Politischen in Griechenland“<sup>124</sup>, wie Egner (2009) urteilt. Das Wahlprozedere wird als „reinforced proportional representation“<sup>125</sup> definiert. Prinzipiell gilt Verhältniswahlrecht, d. h., die Mandate werden entsprechend den Stimmen proportional verteilt. Eine Fülle an Sonderregelungen führt jedoch dazu, dass diese proportionale Abbildung der Stimmen verzerrt wird, weil die stimmenstärkste Partei rechnerisch etliche Zusatzmandate erhält.<sup>126</sup> Solcherart konnte von 1974 bis 2009 jeweils eine Partei die Mehrheit an Parlamentssitzen gewinnen und allein regieren, selbst wenn ihr absoluter Stimmenanteil deutlich unter 50 % lag.<sup>127</sup> In den Jahren 1974, 1977, 1989, 1990, 2004 und 2007 gewann die ND die Wahlen; 1981, 1985, 1993, 1996 und 2000 stellte PASOK die Regierung.<sup>128</sup> Die Regierungspartei hatte jeweils einen strategischen Spielraum, weil das Wahlrecht keinen Verfassungsrang besitzt, sondern als einfaches Gesetz durch einfache Mehrheit (die Regierung) geändert werden kann – was dann auch fünf Mal

---

<sup>121</sup> Vgl. ZERVAKIS (2004), S. 405 ff.

<sup>122</sup> Vgl. ZERVAKIS (2009), S. 62 f.

<sup>123</sup> Vgl. STERGIU (2015a), S. 119.

<sup>124</sup> EGNER (2009), S. 123.

<sup>125</sup> LIJPHART (1999), S. 163.

<sup>126</sup> Vgl. EGNER (2009), S. 124 f.

<sup>127</sup> Vgl. ebenda, S. 125 f.

<sup>128</sup> Vgl. ebenda, S. 125, Abb. 1.

nach tagesaktuellen Interessen passierte.<sup>129</sup> Nicht nur so wurde der Klientelismus der neuen Republik angepasst, sondern auch durch parteifreundliche Gesetzesinitiativen oder die Immunität der Parlamentarier.<sup>130</sup> Der demokratische Neuanfang nach der Diktatur wurde getragen durch den als Übervater der Nation verehrten ND-Vorsitzenden Konstantinos Karamanlis (1907-1997), der ganz paternalistisch eigenmächtig die neue Verfassung einführte.<sup>131</sup> Der Premier und spätere Präsident agierte autoritär, verteilte Verwaltungsposten als Lohn für die persönliche Unterwerfung seiner Klienten. Bei der Stellenvergabe spielten Fachkompetenzen keine Rolle, sondern nur Parteinähe und Wahlunterstützung, was die Ineffizienz der Behörden verstärkte.<sup>132</sup> Langfristig gelang es Karamanlis mit seiner Freund-Feind-Politik fast das gesamte Wahlvolk ideologisch und strukturell hinter die zwei großen Parlamentsparteien zu treiben – wobei im Gegensatz zu dessen konservativ-rechtsliberalem Duktus der PASOK-Chef Andreas Papandreou (1919-1996) sozialdemokratisch-linksliberale Ansichten propagierte.<sup>133</sup> Die PASOK hatte sich als Protestbewegung der Mittel- und Unterschichten gegen die elitenfreundliche ND-Regierung gebildet, wobei Papandreou anfangs die rhetorische Klaviatur des Sozialismus, Antiamerikanismus und der Westablehnung zu bespielen wusste.<sup>134</sup> Mit dem Feindbild einer privilegierten Oligarchie, die es zu bekämpfen galt, sowie entsprechenden Reformversprechungen (Parole: Allagi = Wechsel) gewann Papandreou 1981 die Wahl.<sup>135</sup> Als Premierminister wollte er dann von seinen demagogischen Wahlkampfreden nichts mehr wissen: Der versprochene North-Atlantic-Treaty-Organization-Austritt (NATO) fand nicht statt, die amerikanischen Militärbasen blieben bestehen, der Europäische Wirtschaftsgemeinschafts-Vertrag (EWG) wurde nicht annulliert. Letzteres war auch nötig, denn Papandreou brauchte die europäischen Hilfgelder alsbald zur Finanzierung seines Klientelnetzes.<sup>136</sup> Denn da Karamanlis schon viele der Verwaltungsposten an seine Gefolgschaft vergeben hatte, musste Papandreou nun etliche neue schaffen. Die unteren Schichten forderten ihren Anteil an Wohlstand und Macht; es galt, Tausende Parteikader mit gut dotierten Pos-

---

<sup>129</sup> Vgl. EGNER (2009), S. 126.

<sup>130</sup> Vgl. STERGIU (2015a), S. 120.

<sup>131</sup> Vgl. ZERVAKIS (2009), S. 63.

<sup>132</sup> Vgl. STERGIU (2015a), S. 120.

<sup>133</sup> Vgl. ZERVAKIS (2009), S. 64.

<sup>134</sup> Vgl. LYRINTZIS (1993), S. 26 und S. 31; RICHTER (2015b), S. 444.

<sup>135</sup> Vgl. LYRINTZIS (1993), S. 31; TZERMIAS (1999), S. 223; RICHTER (2015b), S. 445.

<sup>136</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 445 f.

ten zu versorgen.<sup>137</sup> Der Politikstil wechselte vom „demokratischen Cäsarismus“ Karamanlis' zum „plebejischen Populismus“ Papandreou.<sup>138</sup> Was den Klientelismus angeht, änderte sich qualitativ nichts, nur quantitativ. Öffentliche Ämter wurden nun als sozialpolitische Maßnahme für Massen an Menschen bereitgestellt: Belief sich die Zahl der Regierungsangestellten 1971 noch auf 320.000, stieg sie 1981 auf 500.000 und bis 1991 auf 700.000.<sup>139</sup> Diese Expansion setzte sich auch fort, als die ND an der Regierung war. 2008 arbeiteten schließlich 22,3 % der Beschäftigten im öffentlichen Sektor (EU-15-Durchschnitt 15,8 %), wo sie überdurchschnittlich gut bezahlt wurden: Die Belastung des Finanzhaushalts für die Gehälter der Staatsbediensteten lag bei 3.800 \$ pro Einwohner (EU-15-Durchschnitt 3.400 \$).<sup>140</sup> In den 1980er-Jahren hat PASOK höhere Mindestlöhne und Mindestrenten durchgesetzt sowie das System der staatlichen Sozialleistungen erweitert.<sup>141</sup> Damit etablierte die Partei eine Wohlfahrtsgesellschaft, die jenen der prosperierenden Industrienationen des Westens in nichts nachstand.<sup>142</sup> Tatsächlich sank die Zahl der in relativer Armut lebenden Griechen von 2,1 Mio. im Jahr 1980 auf 1,8 Mio. 1986.<sup>143</sup> Dass wegen der zu hohen Löhne viele Staatsunternehmen unrentabel wirtschafteten und über den staatlich kontrollierten Bankensektor quersubventioniert wurden, sah die breite Masse nicht.<sup>144</sup> Zufrieden war die Klientel trotzdem nie. Angesichts gut bezahlter staatlicher Jobs und des expandierenden Sozialstaats stiegen die Ansprüche: „Andreas Papandreou korrumpierte die griechische Psyche und gab den Griechen eine Anspruchskultur auf der Basis ihrer Existenz, nicht auf ihrer Fähigkeit zu arbeiten.“<sup>145</sup>

Sowohl Karamanlis als auch Papandreou haben (unterschiedlich motiviert und intensiv) von oben herab an der teilweisen Modernisierung der Gesellschaft gewirkt, haben zur Polarisierung der Parteien beigetragen (und damit das Ansehen der Politik geschwächt) und haben den EG-Beitritt Griechenlands im Jahre 1981 unterstützt (auch wenn der PASOK-Chef zeitweise dagegen argumentierte).<sup>146</sup> Papandreous außenpolitisches Lavieren zwischen Ost und West

---

<sup>137</sup> Vgl. PAPPAS (2010); STERGIU (2015a), S. 120.

<sup>138</sup> Vgl. PAPPAS (1999), S. 179.

<sup>139</sup> Vgl. CLOSE (2002), S. 161 f.

<sup>140</sup> Vgl. BROZUS und SCHWARZER (2012), S. 2 f.

<sup>141</sup> Vgl. EARDLEY et al. (1996), S. 178 f.

<sup>142</sup> Vgl. FOUSKAS (1997), S. 71.

<sup>143</sup> Vgl. CLOSE (2002), S. 163.

<sup>144</sup> Vgl. LYNN (2011), S. 42.

<sup>145</sup> THOMAS (2011).

<sup>146</sup> Vgl. ZERVAKIS (2009), S. 67.

irritierten NATO und EG und trug dazu bei, dass die Griechen dort als schwierige Partner galten. Das Ganze war der Innenpolitik geschuldet, wo der Premier die Politik des „nationalen Stolzes“ praktizierte, der bei den lange fremd beherrschten Griechen gut ankam.<sup>147</sup> Ganz verprellen durfte Papandreou den Westen aber nicht, war er doch auf ausländische Kredite angewiesen, um seine anspruchsvolle Sozialpolitik finanzieren zu können.<sup>148</sup> Hatte schon Karamanlis zwischen 1975 und 1981 die öffentlichen Ausgaben um 28 % erhöht, steigerte Papandreou die Aufwendungen zwischen 1982 und 1988 nochmals um 40 %, was die Staatsverschuldung um 433 % anhob.<sup>149</sup> Das Haushaltsdefizit stieg von 2,6 % des BIP bei Regierungsantritt 1981 innerhalb von nur vier Jahren auf 9,1 % des BIP.<sup>150</sup> Das hatte zwar auch wirtschaftliche Gründe, auf die noch zurückzukommen sein wird, trotzdem ist zu konstatieren, dass die Wahlgeschenke auf Kosten höherer Staatsverschuldung gemacht wurden: Die PASOK-Regierungen gaben Geld aus, um Stimmen zu kaufen (v.a. über Renten, Lohnerhöhungen für Beamte und eine Zunahme der Beschäftigung im öffentlichen Dienst), anstatt es für Investitionen in Bereichen zu verwenden, die ein langfristiges Wachstum anregen könnten.<sup>151</sup> Die Erweiterung des öffentlichen Sektors begann schon unter dem Vorgänger Papandreou, aber erst bei ihm expandierte die Schuldenfinanzierung.<sup>152</sup> Seine kreditgestützte Freigiebigkeit gegenüber Interessensgruppen war ein Präzedenzfall, der später auch von den ND-Regierungen nachgeahmt wurde.<sup>153</sup> Noch im Jahr 2008 erhielten Angestellte des öffentlichen Dienstes eine Lohnerhöhung von 8,9 %, als das Haushaltsdefizit den im Maastricht-Vertrag festgelegten Referenzwert von 3 % bereits weit übertraf.<sup>154</sup>

### **4.3 Wirtschafts- und Finanzpolitik**

Die Aufnahme Griechenlands in die EG Anfang 1981 war sowohl bei den Griechen selbst (siehe die Polemik Papandreous) als auch bei den EG-Mitgliedern umstritten. Letztere hielten die gerade erst 6 Jahre währende Demokratie für noch nicht stabil genug, zudem die Wirt-

---

<sup>147</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 446.

<sup>148</sup> Vgl. ALOGOSKOUFIS (2012), S. 18.

<sup>149</sup> Vgl. LYRINTZIS (1993), S. 27.

<sup>150</sup> Vgl. PSALIDOPOULOS (2010), S. 113.

<sup>151</sup> Vgl. CLOSE (2002), S. 175.

<sup>152</sup> Vgl. THOMAS (2011).

<sup>153</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 89.

<sup>154</sup> Vgl. ebenda, S. 85.

schaft für weniger leistungsfähig als die der restlichen EG-Länder.<sup>155</sup> Die EG-Kommission riet jahrelang von einem übereilten Beitritt ab, weil das Agrarland innerhalb des Staatenbundes nicht wettbewerbsfähig sei und bereits unter einem Handelsbilanzdefizit leide. Aufgenommen wurde das Land dennoch wider besseres Wissen aus politischen Gründen (um die junge Demokratie zu festigen).<sup>156</sup> Als Vorbedingung wurden dem Land damals Reformauflagen gemacht, die jedoch nicht umgesetzt wurden.<sup>157</sup> Nach der Regierungsübernahme der PASOK zehn Monate später ist z. B. die öffentliche Verwaltung, wie bereits erwähnt, nicht verbessert, sondern ineffizienter gemacht worden, indem der Wettbewerb zur Stellenbesetzung zugunsten des Klientelismus abgeschafft wurde. Der Regierungsapparat wurde durch neue Institute und Abteilungen aufgebläht.<sup>158</sup> Zudem sollte sich Griechenland wie die ebenso landwirtschaftlich geprägten EG-Neuzugänge Spanien, Portugal und Irland transformieren: politisch demokratisieren, ökonomisch die Marktwirtschaft einführen und gesellschaftlich pluralisieren bzw. seine Bevölkerung angemessen sozial absichern. Dies gelang nicht vollständig.<sup>159</sup> Vor allem wirtschaftlich gab es kein Fortschreiten: In den 15 Jahren nach 1981 betrug das griechische Wirtschaftswachstum im Durchschnitt nur 0,9 %, während Spanien (2,5 %), Portugal (2,7 %) und Irland (4 %) größere Wachstumsraten erzielten.<sup>160</sup> Die Gründe dafür lagen im EG-Gefüge, waren aber auch hausgemacht: Einerseits gehörte das Land nun zur Zollunion und wurde von Produkten der Exportnationen überschwemmt. Gleich im Beitrittsjahr erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit um 86,6 % und wurde fortan nie mehr ausgeglichen.<sup>161</sup> Andererseits, da die eigenen Produkte nicht wettbewerbsfähig waren, musste entweder in Neuerungen investiert werden oder der Staat sich wenigstens über geringe Löhne als verlängerte Werkbank für die ausländischen Unternehmen anbieten, um Industriearbeitsplätze zu generieren. Beides passierte nicht. Während Spanien und Portugal ausländische Investitionen anzogen, schreckten in Griechenland der bestehende Mindestlohn, der starke Kündigungsschutz, die unflexible Bürokratie und die verbreitete Korruption fremde Investoren ab.<sup>162</sup> Während im Land die Investitionen um jährlich 2,2 % abnahmen, finanzierte die Staats-

---

<sup>155</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 21.

<sup>156</sup> Vgl. STERGIU (2012).

<sup>157</sup> Vgl. BITROS und KARAYIANNIS (2013), S. 23.

<sup>158</sup> Vgl. VALINAKIS (2012), S. 8 f.; NEUBÄUMER (2016), S. 21.

<sup>159</sup> Vgl. AXT (2008), S. 40.

<sup>160</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 21 f.

<sup>161</sup> Vgl. STERGIU (2012).

<sup>162</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 22.



führung ihren Haushalt, die Klientel und die Regierungspartei mit Hilfgeldern aus Brüssel.<sup>163</sup> Nicht zuletzt durch diese Unterstützung konnte die Wirtschaft zwischen 1980 und 1985 um 0,7 % und zwischen 1985 und 1990 um 1,4 % wachsen.<sup>164</sup> Die Importneigung legte nicht nur die geringe Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Fertigungsindustrie offen, sie sorgte wegen des fehlenden Absatzes zugleich für deren Dezimierung: Die griechische Wirtschaft erfuhr in den 1980er-Jahren eine spürbare Deindustrialisierung, die sich darin offenbarte, dass zwischen 1981 und 1994 23 % der dortigen Arbeitsplätze wegfielen.<sup>165</sup> Etliche insolvente Industriebetriebe ließ Papandreou verstaatlichen und subventionieren.<sup>166</sup> Obwohl etwa 40 % der griechischen Unternehmen 1979-1986 permanent Verluste einfuhren, meldeten nur 7 % (v. a. kleine) Unternehmen Konkurs an.<sup>167</sup> Da sich parallel dazu zwischen 1975 und 1990 die Staatsausgaben von 29 auf 52 % des BIP erhöhten, kann davon ausgegangen werden, dass ausländische Kredite nicht nur dem Sozialetat dienen, sondern auch für Industriesubventionen aufgewendet wurden.<sup>168</sup>

Allerdings war die Deindustrialisierung ein Trend, der nicht nur Griechenland betraf. Auch Resteuropa verlor in den 1980ern Tausende Industriearbeitsplätze an außereuropäische Billiglohnländer. Aber dort versuchte man einen Strukturwechsel in Richtung Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, während Griechenland veraltete Strukturen künstlich am Leben hielt.<sup>169</sup> Für die Hochpreise bei Ölimporten und das unberechenbare wirtschaftliche Umfeld der Dekade konnte Papandreou nichts, aber für den aufgeblähten öffentlichen Sektor und Wohlfahrtsstaat sehr wohl. So besorgte sich Griechenland mehr Fremdmittel von den globalen Märkten, als dem Staat und seiner Wirtschaft gut tat.<sup>170</sup> Das Haushaltsdefizit hatte einen deutlichen Anteil an der im Vergleich mit anderen GIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien) hohen Inflationsrate von durchschnittlich 18 % jährlich (1980-1994), wobei das Geldmengenangebot von der Zentralbank nicht exogen vorgegeben wurde, sondern endogen war.<sup>171</sup>

---

<sup>163</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 32; STERGIOU (2012).

<sup>164</sup> Vgl. EARDLEY et al. (1996), S. 179.

<sup>165</sup> Vgl. PIROUNAKIS (1997), S. 171.

<sup>166</sup> Vgl. DABILIS (2014).

<sup>167</sup> Vgl. PAGOULATOS (2003), S. 102.

<sup>168</sup> Vgl. ebenda, S. 95.

<sup>169</sup> Vgl. CLOSE (2002), S. 171.

<sup>170</sup> Vgl. PIROUNAKIS (1997), S. 110.

<sup>171</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 25.

Im Januar 1996 beerbte Konstantinos (Kostas) Simitis (\*1936) PASOK-Vorsitz und Ministerpräsidentenamt vom (aus gesundheitlichen Gründen) zurückgetretenen Papandreou. Als Widerstandskämpfer während der Diktatur und PASOK-Funktionär erster Stunde hatte Simitis das öffentliche Ansehen, den populistischen Wirtschaftskurs Papandreous hin und wieder zu kritisieren, ohne dass dieser ihn deswegen ins Abseits zu rücken vermochte. Nunmehr an der Macht versuchte Simitis, die griechische Wirtschaftspolitik zu reformieren.<sup>172</sup> In der Tat reduzierte er einige Staatsausgaben, indem er defizitäre Staatsbetriebe und den Bankensektor privatisieren ließ – was unter seinem Vorgänger ein absolutes Tabu war. Seit er der Regierung vorsah, wuchs die griechische Wirtschaft spürbar.<sup>173</sup> Nichtsdestotrotz waren Simitis' Reformbestrebungen Grenzen gesetzt, denn er musste die Klientel seines Vorgängers erst hinter sich bringen. Vor allem der Innenminister (ab 1996 Verteidigungsminister) Tsochatzopoulos, ein alter Vertrauter Papandreous, blockierte Simitis' Politik wiederholt.<sup>174</sup> Tsochatzopoulos war unter Papandreou ranghöchster Minister und zugleich „Boss“ der „deutschen Mafia“ (so nannten die Griechen jene Regierungsmitglieder, die in Deutschland studiert hatten oder während der Diktatur dort lebten und die dann in den 1980ern ihre dort gebildeten Seilschaften in Griechenland weiter pflegten).<sup>175</sup> Dass dann Simitis Papandreou beerbte, nahm ihm Tsochatzopoulos übel. Der neue Premier führte dessen ungeachtet eine neue Sachlichkeit in die griechische Politik ein, indem er z. B. auf die „rhetorisch-polarisierende Argumentation“<sup>176</sup> seiner Amtsvorgänger verzichtete. Sein Balanceakt, einerseits verbal den Neoliberalismus zu verurteilen und einen „vierten Weg“ des demokratischen Sozialismus zu propagieren, andererseits aber wirtschaftsliberale Maßnahmen einzuleiten, konnte freilich nur teilweise erfolgreich sein, da er der PASOK-Klientel gerecht werden musste, ohne die er seine Macht nicht erhalten konnte.<sup>177</sup>

Seit dem Vertrag von Maastricht (1993) besaß Griechenland mittelfristig die Möglichkeit, sich der geplanten Europäischen Währungsunion anzuschließen. Wie sein Vorgänger drängte auch Simitis die griechische Zentralbank, eine preisstabilisierende Geldpolitik zu betreiben und zugleich den Außenwert der Drachme zu verbessern. Indem nun die Jahresabwertung gegenüber dem European Currency Unit (ECU) auf 1-3 % gedeckelt wurde, konnte zwar fort-

---

<sup>172</sup> Vgl. TZERMIAS (1999), S. 263; RICHTER (2015b), S. 452.

<sup>173</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 452.

<sup>174</sup> Vgl. TZERMIAS (1999), S. 461.

<sup>175</sup> Vgl. DER SPIEGEL (1985).

<sup>176</sup> TSAKALIDIS (1999), S. 86.

an die Inflationsrate nicht mehr voll ausgeglichen werden, aber die Voraussetzungen, um 1998 dem Euro-Wechselkursmechanismus beizutreten, wurden erreicht – eine Drachmenabwertung um 12,3 % inklusive.<sup>178</sup> Diese Finanzpolitik führte zu einem höheren Vertrauen internationaler Kreditgeber, weshalb die Zinsen für Staatsanleihen zwischen 1994 und 2000 von 20,5 % auf 5,3 % fielen. Das brachte enorme Erlasse beim Schuldendienst (von 12,5 auf 6,5 % des BIP) und ersparte dem Premier noch größere Reformbemühungen.<sup>179</sup> Seine Deregulierung bei der Lohnbildung, dem Bankensektor und den Produktmärkten (Privatisierung von Energie-, Verkehrs- und Telekommunikationsunternehmen) kam bei der EU gut an, nicht aber bei der PASOK-Klientel.<sup>180</sup> Simitis' Europäisierungskurs und propagerter Reformwille führten schließlich dazu, dass Griechenland zu Januar 2001 in die Eurozone aufgenommen wurde, obwohl seine Staatsverschuldung mit 104,4 % des BIP die geforderten 60 % Referenz deutlich überstieg.<sup>181</sup> Hilfreich für die Nachgiebigkeit waren wohl die Freundschaft des Premiers mit dem deutschen Finanzminister Eichel sowie die Tatsache, dass mit Frankreich und Deutschland die wirtschaftsstärksten Euroländer ebenfalls übermäßig Schulden machten und mit statistischen Tricks hantierten.<sup>182</sup> Dass das griechische BIP jährlich 4 % wachse und die Inflation sowie das Haushaltsdefizit nur 3 % betragen, wie die griechischen Statistiker nach Brüssel an die Überprüfungsinstanz Eurostat meldeten, bezweifelten dort einige.<sup>183</sup> In Athen halfen derweil amerikanische Finanzinstitute, die Zahlen zu schönen, damit die geforderten EU-Konvergenzkriterien eingehalten werden konnten. So wurden z. B. Ausgaben für das Gesundheitswesen und die Rüstung in die Zukunft datiert oder Kreditaufnahmen als Swaps deklariert und tauchten somit nicht unter den Staatsschulden auf.<sup>184</sup> Im Jahr 2004 flogen die Manipulationen dann auf, zogen aber nur eine milde Verwarnung nach sich – zumal auch bei Eurostat unprofessionell gearbeitet worden war.<sup>185</sup> Als die europäische Statistikbehörde mit Unterstützung der EU-Kommission darum bat, doch eine valide Prüfungsvollmacht zu erhal-

---

<sup>177</sup> Vgl. TSAKALIDIS (1999), S. 86 f.

<sup>178</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 26 f.

<sup>179</sup> Vgl. ebenda, S. 27.

<sup>180</sup> Vgl. MYLONAS und PAPAConstantinou (2001), S. 499 ff.; GARGANAS und TAVLAS (2001), S. 43 ff.

<sup>181</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 28.

<sup>182</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 452 f.

<sup>183</sup> Vgl. ebenda.

<sup>184</sup> Vgl. STORY, THOMAS Jr. und SCHWARTZ (2010).

<sup>185</sup> Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010); TILLACK (2010).

ten, damit nationale Statistiker die Daten nicht mehr in ihrem Sinne frisieren könnten, lehnte dies der EU-Ministerrat ab.<sup>186</sup>

Simitis' erneuter, wenn auch knapper Wahlsieg im Jahr 2000 war für viele Fachleute eine handfeste Überraschung, hatte er sich doch mit seiner Modernisierungspolitik in breiten Kreisen der Arbeiterschaft, bei den traditionellen PASOK-Wählern, unbeliebt gemacht: einerseits, weil die Privatisierung etlicher Staatsbetriebe Tausende Industriearbeitsplätze gekostet hatte, andererseits, weil die Unterstützung des NATO-Krieges in Jugoslawien dem propagierten Pazifismus zuwiderlief.<sup>187</sup> Zudem zürnten ihm viele Griechen wegen der unlängst geplatzten Börsenblase. Jahrelang hatten Simitis und sein Finanzminister Papantoniou die Bevölkerung animiert, an der Athener Börse Aktien zu kaufen: Dies sei ein Spiegel des neuen, modernen Landes und seiner prosperierenden Wirtschaft. Während ahnungslose Laien begeistert spekulierten (jeder dritte griechische Haushalt), konnte die Regierung solcherart viele nicht konkurrenzfähige Staatsbetriebe privatisieren. Die Blase platzte, als Simitis 1999 im Fernsehen bekannt gab, dass er den Antrag zum Eurozonenbeitritt eingereicht habe: Der griechische Aktienindex stürzte um 60 % ab, was Werte von Hunderten Mrd. Drachmen verbrannte.<sup>188</sup> Dass Simitis die Wahl 2000 dennoch gewinnen konnte, hatte erneut mit Klientelismus zu tun: Auch er versorgte seine Anhängerschaft mit Wahlgeschenken und erweiterte die Verwaltung. Zudem überzeugte er manch stolzen Griechen auch als Macher, der 1997 die Olympischen Spiele für 2004 ins Land geholt hatte.<sup>189</sup> 2001 in der Eurozone angekommen, besaß Griechenland Zugang zu langfristigen und zinsgünstigeren Anleihen. Von nun an wurde das Geld in vollen Zügen ausgegeben. Eine geplante Umstrukturierung des Rentensystems wurde nach Massendemonstrationen und zwei Generalstreiks ad acta gelegt, weil Simitis nicht einmal seine eigene Partei hinter sich hatte.<sup>190</sup> Zum Hintergrund: Griechische Beschäftigte erhielten 96,7 % ihres letzten Gehalts als Rente, während der OECD-Durchschnitt 60,8 % bekam.<sup>191</sup> Anstatt hier Anpassungen vorzunehmen, vergab die Regierung internationalen Konzernen Aufträge für Großprojekte: Milliarden wurden für Rüstungsgüter, neue Autobahnen, die Athener U-Bahn, die Verlegung des Athener Flughafens und eine Seilbrücke von Rion nach Antiron ausgegeben. Die beteiligten Minister strichen Vermittlungsgebühren ein, was die Korruption be-

---

<sup>186</sup> Vgl. LPB (2017).

<sup>187</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 455.

<sup>188</sup> Vgl. CARASSAVA (2000); POLYCHRONIOU (2012).

<sup>189</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 454.

<sup>190</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 30; RICHTER (2015b), S. 455.

feuerte.<sup>192</sup> Das Budget für die Baumaßnahmen und Durchführung der Olympischen Spiele 2004 stieg von den ursprünglich bewilligten 4,6 Mrd. € auf offizielle 11,2 Mrd. €, wobei manche Schätzungen auch 20 Mrd. € nennen. Im Jahr der Austragung betrug das Haushaltsdefizit dann 7,5 % des BIP, nachdem zwei Jahre zuvor mit 3,7 % die EU-Konvergenzkriterien noch fast eingehalten werden konnten.<sup>193</sup> Von der nationalen Euphorie rund um die Spiele profitierte allerdings Konstantinos (Kostas) Karamanlis (\*1956) von der ND, der im März 2004 das Ministerpräsidentenamt übernommen hatte. Angesichts der fortlaufenden Privatisierung öffentlichen Eigentums in den Jahren 2002-2003 in Höhe von 5,8 Mrd. €, die für eine ungewohnt hohe Arbeitslosenquote von 10 % sorgte, sowie der für 2004 geplanten Entstaatlichung der Fluggesellschaft Olympic Airways, des Gasversorgers DEPA bzw. von Post und Postbank wandte sich die PASOK-Wählerschaft von ihrem Anführer ab. Aber auch Kostas Karamanlis erweiterte den öffentlichen Sektor, um seine ND-Klientel mit Posten zu versorgen.<sup>194</sup> In den nächsten fünf Jahren stellte er 150.000 Beamte ein, was dazu beitrug, dass sich während seiner Amtszeit die Staatsschuldenquote von 97 auf 130 % erhöhte.<sup>195</sup> Hatte Griechenland in den 1990ern neue Schulden im Wert von durchschnittlich 4,1 % des BIP aufgenommen, so betrug die Kreditaufnahme in den 2000ern durchschnittlich 10,2 %.<sup>196</sup> Die Divergenz zwischen Einnahmen und Ausgaben führte 2000-2009 zu einem Haushaltsdefizit von durchschnittlich 8 % des BIP jährlich, wogegen der EU-15-Durchschnitt nur bei 2,6 % lag.<sup>197</sup> Natürlich offenbarten diese Defizite die grassierende Steuerhinterziehung sowie den aufgeblähten Wohlfahrtsstaat, andererseits schufen sie eine zusätzliche Konsumnachfrage und somit ordentliche Wachstumsraten. Die Liquidität steigerte jedoch zugleich die Inflation, was wiederum die Konkurrenzfähigkeit verschlechterte: Zwischen 2000 und 2009 stiegen die Preise jährlich um 3,4 % (Eurozone: 2 %), was innerhalb der Dekade zu einem Unterschied von akkumulierten 20 % gegenüber den anderen Euro-Ländern führte. Da die Währung nicht abgewertet werden konnte, verteuerten sich die griechischen Produkte entsprechend und wurden schwerer absetzbar.<sup>198</sup> So stiegen die Lohnstückkosten von 1999 bis 2009 um über 40 % (bei einer Steigerung der Arbeitsproduktivität von 21 %). Zeitgleich expandierten die Lohn-

---

<sup>191</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 88.

<sup>192</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 454.

<sup>193</sup> Vgl. HÖHLER (2012).

<sup>194</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 455 f.; PAGEDAS (2015), S. 9.

<sup>195</sup> Vgl. ELEFThERIADIS (2014), S. 2.

<sup>196</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 114.

<sup>197</sup> Vgl. GIANNITSIS (2015), S. 208.

kosten im öffentlichen Dienst um jährlich 7,5 % und damit um 4,5 % schneller als im Eurozonendurchschnitt.<sup>199</sup> Dabei war die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands eher mittelmäßig: Laut WEF-Ranking lag das Land vor Eintritt in die Eurozone 1999 auf Platz 41 von 59 Staaten, 2000 auf Platz 34.<sup>200</sup> 2008 belegte Griechenland Platz 67 von 134 Staaten.<sup>201</sup> Dennoch wies das Land seit Einführung des Euro bis zum Ausbruch der Krise 2009 jährliche Wachstumsraten von durchschnittlich 4,2 % auf – der zweithöchste Wert in der Eurozone.<sup>202</sup> Dies war jedoch nur ein schuldenfinanziertes und kein nachhaltiges Wachstum.<sup>203</sup> Zugleich formten Regierungsverlautbarungen und offiziöse Wirtschaftsberichte die europäische öffentliche Wahrnehmung, wonach die griechische Wirtschaft nachhaltig wachse und große Erfolge aufweise.<sup>204</sup> Mit dem Euro erhielt das Land von den Ratingagenturen A-Bewertungen und konnte Anleihen aufnehmen, deren Zins nur 0,5 % über dem Deutschlands lag.<sup>205</sup> Lynn (2011) betont, dass damit das unterschiedliche Kreditausfallrisiko zwischen der schwächsten und der verantwortungsbewusstesten Regierung Europas aufgehoben war, und sah von da an Griechenland nur noch als ein „exzentrisches, marginales Land, von Belang nur für mutige Spekulanten und Schwellenmarktfonds.“<sup>206</sup> Auch die Bevölkerung kam dank des deregulierten Finanzsektors schneller an Kredite, was die private Verschuldung förderte. Nicht nur der Staat, auch die Bürger lebten über ihre Verhältnisse.<sup>207</sup> Währenddessen sank die Handelsbilanz von -22,373 % des BIP (2002) auf -43,335 % (2008).<sup>208</sup> Daran waren mehrere Faktoren schuld: Die Wirtschaft wies 2006 bei den messbaren Transaktionskosten mit 27,07 % ein ziemlich hohes Level auf.<sup>209</sup> Dieser Finanzfaktor beinhaltet die Arbeitskosten sowie die Aufwendungen an Land und Kapital, die nötig sind, um ein Produkt herzustellen bzw. damit zu handeln. Befand sich das Land hier noch auf einer Linie mit wirtschaftlich florierenden Industriestaaten wie Schweden (26 %), so wurden die wirtschaftlichen Hemmnisse an anderer

---

<sup>198</sup> Vgl. GIANNITSIS (2015), S. 209.

<sup>199</sup> Vgl. PARASKEVOPOULOS (2012), S. 63.

<sup>200</sup> Vgl. SCHWAB, PORTER und SACHS (2000), S. 8.

<sup>201</sup> Vgl. PORTER und SCHWAB (2008), S. 23.

<sup>202</sup> Vgl. LYNN (2011), S. 115.

<sup>203</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 111; STERGIOU (2015b), S. 245.

<sup>204</sup> Vgl. KAPLANIS (2011), S. 217.

<sup>205</sup> Vgl. LYNN (2011), S. 53.

<sup>206</sup> Ebenda.

<sup>207</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 24.

<sup>208</sup> Vgl. MAGOULIOS und ATHIANOS (2013), S. 198.

<sup>209</sup> Vgl. PETRAKIS (2012), S. 159.

Stelle deutlicher. Denn unterschieden wird zwischen sichtbaren und unsichtbaren Transaktionskosten. Eine Studie des WEF für 2008 ergab, dass der problematischste Faktor, der in Griechenland das Geschäftsleben behinderte, die ineffiziente Bürokratie der staatlichen Behörden war, gefolgt von den unübersichtlichen Steuerregularien, den restriktiven Arbeitsvorschriften und der Korruption.<sup>210</sup> All dies sind Punkte, die in den vorherigen Kapiteln umfassend erläutert worden sind. Wenn also z. B. das griechische Recht die Entlassung von Gewerkschaftern, weiblichen Angestellten während der Schwangerschaft und für ein Jahr nach Geburt sowie von Angestellten während des Jahresurlaubs untersagte, so waren dies zwar arbeitnehmerfreundliche Bedingungen, aber die Arbeitsproduktivität sank, wenn ungenügend leistungsfähige Mitarbeiter unkündbar waren.<sup>211</sup> Vor allem die Verhältnisse im öffentlichen Dienst führten dazu, dass Griechenland den höchsten Kündigungsschutz aller OECD-Länder auswies.<sup>212</sup> Bei den Effizienzwerten dieses Sektors belegte das Land in einer Studie von 2003 für 23 Industrieländer einen unteren Platz – kein Wunder bei zuletzt 768.000 Regierungsangestellten (2010) bei knapp 11 Mio. Einwohnern.<sup>213</sup> Wer in Griechenland ein Unternehmen gründen wollte, benötigte 15 Verfahren und 38 Tage, während im EU-Durchschnitt 6 Verfahren und 25 Tage aufgewendet wurden.<sup>214</sup> Hunderte komplexe Verwaltungs- und Lizenzierungsverfahren behinderten die Wirtschaftstransaktionen und erhöhten zusammen mit den nötigen Bestechungsgeldern die Kosten eines Handelsunternehmens um 20 %.<sup>215</sup> Karamanlis konnte die Privatisierungswelle nicht im gleichen Maße wie Simitis durchsetzen, da er sonst Probleme gehabt hätte, seine Klientel mit ausreichend Posten zu versorgen. So verlor z. B. die technisch veraltete griechische Eisenbahn mehr Geld als jedes andere Verkehrssystem in Europa – Schätzungen zufolge 2 bis 2,5 Mio. € täglich. Die Mehrheit der 6.500 Bahnbeamten war über 50 Jahre alt, verdiente vergleichsweise gut und erwartete zeitnah eine hohe Pension.<sup>216</sup> Eine Umstrukturierung oder Privatisierung hätte Arbeitsplätze und damit Wählerjobs gekostet. (2016 wurde die griechische Bahn von der linken SYRIZA-Regierung von Alexis Tsipras an die italienische Ferrovie dello Stato für lediglich 45 Mio. € verkauft).<sup>217</sup> Die neuen ND-Parlamentarier entstammten nicht mehr den alten, reichen Familien, die noch Karamanlis'

---

<sup>210</sup> Vgl. PETRAKIS (2012), S.161.

<sup>211</sup> Vgl. KARANTINOS (2006), 58; MANOLOPOULOS (2011), S. 86.

<sup>212</sup> Vgl. MITSOPOULOS und PELAGIDIS (2012), S. 143.

<sup>213</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 83; VOGT (2013), S. 15.

<sup>214</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 94.

<sup>215</sup> Vgl. CLOSE (2002), S. 180; MITSOPOULOS und PELAGIDIS (2012), S. 135 f.

<sup>216</sup> Vgl. LYNN (2011), S. 123.

Onkel Konstantinos förderte, sondern einer anderen Klientel, die nunmehr zu den staatlichen Pfründen drängte. Die neue Regierung trieb es dabei schlimmer als alle ihre Vorgänger: Klientelismus, Korruption, Schattenwirtschaft und Haushaltsdefizit erreichten neue Quantitäten. Weil die Scheinblüte der Wirtschaft und der Wohlstand nur mit frischen Krediten aufrechterhalten werden konnten, gerieten Staatsanleihen zunehmend zu Spekulationsobjekten. Die Zunahme des BIP um einen Euro wurde 1982-1989 mit der Zunahme der Verschuldung von 0,77 € erkaufte, 2004-2009 brauchte es dann 1,61 €. <sup>218</sup> Bei Ausbruch der Krise musste Griechenland für seine Staatsanleihen 10 % Zinsen bieten, um überhaupt noch Geld akquirieren zu können. <sup>219</sup> Nachdem im Oktober 2009 der PASOK-Chef Giorgos Papandreou (\*1952), der Sohn von Andreas, mit Versprechungen über weitere soziale Wohltaten die Wahlen gewann, musste er beim Blick in die Bücher sehen, dass statt der von Karamanlis angegebenen 6 % das Haushaltsdefizit 15 % betragen würde. Die Veröffentlichung dieses Fakts löste die griechische Staatsschuldenkrise aus. <sup>220</sup>

## 5 Diskussion der Zusammenhänge

Die Wettbewerbsunfähigkeit der griechischen Wirtschaft war eine direkte Folge der klientelistischen Praktiken, die seit 1981 forciert wurden. Statt der notwendigen Anpassung an eine zunehmend globalisierte Wirtschaft blieben viele Firmen von staatlicher Subvention abhängig und unbeweglich. <sup>221</sup> Der Beitritt zur Eurozone 2001 beschleunigte dann den Niedergang der Fertigungsindustrie, die letztlich nur noch 15,2 % zum BIP beitrug. <sup>222</sup> Diese grundlegenden Faktoren muss kennen, wer die Dynamik verstehen will, die 2009 zur Krise führte. Dass die Staatsverwaltung und -unternehmen ineffektiv arbeiteten, ist wiederholt angemerkt worden. <sup>223</sup> Was aber deren Dimension betrifft, so stach Griechenland im OECD-Vergleich eigentlich gar nicht mal so sehr heraus: 2001 arbeiteten 19,7 % der griechischen Beschäftigten im öffentlichen Sektor (2008: 20,7 %), während der OECD-Median 2009 auch nur 19 % betrug. <sup>224</sup> An-

---

<sup>217</sup> Vgl. GALIATSATOS (2016).

<sup>218</sup> Vgl. GIANNITIS (2015), S. 204.

<sup>219</sup> Vgl. RICHTER (2015b), S. 456 f.

<sup>220</sup> Vgl. MANAGER MAGAZIN (2009).

<sup>221</sup> Vgl. KLAUS (2011), S. 110.

<sup>222</sup> Vgl. MANOLOPOULOS (2011), S. 113; DESTATIS (2017), Angabe für 2015.

<sup>223</sup> So z. B. SPANOU (2015), S. 415 ff.; CHRYSOGONOS (2016), S. 249 f.

<sup>224</sup> Vgl. OECD (2015), S. 84 f.



gesichts von nur 6,9 %, die 2001 in der Verwaltung arbeiteten (2011: 7,9 %),<sup>225</sup> wird deutlich, dass die Personaldecke der Behörden so aufgebläht nun auch nicht war, andererseits ein großer Teil der staatlichen Einnahmen durch Staatsunternehmen erworben wurde. Aber wenn letztere unwirtschaftlich agierten, dann hatte das negative Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Dies korrelierte mit zu geringen Steuereinnahmen, die nicht nur wegen der in den vorigen Kapiteln geschilderten Hinterziehung und Schattenwirtschaft niedrig blieben, sondern von vornherein nicht sehr hoch veranschlagt waren. So hatten im Vorfeld der Krise wirtschaftsfreundliche Maßnahmen der Regierung dazu geführt, dass Unternehmensgewinne 2007 nur noch mit 15,9 % versteuert zu werden brauchten (Deutschland: 24,4 %; Zypern: 50,5 %).<sup>226</sup> Demgegenüber stiegen die Ausgaben immer weiter an. Zu den größten Ausgabeposten gehörte ein hoher Militäretat von 4 % des BIP. 2009 gab Griechenland 10,91 Mrd. \$ dafür aus. Nach Sparauflagen der Troika wurde dieses Budget bis 2015 auf 6,1 Mrd. \$ gesenkt.<sup>227</sup> Dass hier der Reformdruck der Troika nicht übermäßig ist, liegt daran, dass Griechenland angesichts des schwierigen Verhältnisses zum Nachbarn Türkei eine schlagkräftige Armee zugestanden wird.<sup>228</sup> Als Grenzposten der EU und NATO-Mitglied spielt es eine Sonderrolle, die sich auch im Umgang mit der Flüchtlingskrise offenbart (ebenfalls ein Finanzposten, welcher den Staatshaushalt überfordert).<sup>229</sup> Die Nachsichtigkeit der Kontrolleure ist jedoch auch der Tatsache geschuldet, dass die deutsche und die französische Rüstungsindustrie stets gut von den Aufträgen profitieren. Dabei ist der Materialaufwand nicht mal der größte Finanzposten, sondern die Personalkosten. Die überdimensionierte 124.000-Mann-Armee ist auf 500 Militärbasen verteilt, die an ihren Standorten wichtige Wirtschaftsfaktoren sind. Lokale Bürgermeister und Offiziere sind als Klientel zu betrachten, die keiner zu verprellen wagt.<sup>230</sup> Die mangelhafte Haushaltsdisziplin hat zum Ausbruch der Krise beigetragen, kann aber nicht als einzige Ursache gelten. Wie Galenianos (2015) richtig verweist, gerieten auch Irland und Spanien in dieselbe prekäre Lage, internationale Hilfe erbitten zu müssen, obwohl sie geringe Defizite oder gar Überschüsse beim Staatshaushalt aufwiesen und sogar weniger Schulden als Deutschland machten. Als

---

<sup>225</sup> Vgl. OECD (2013).

<sup>226</sup> Vgl. EUROSTAT (2009), S. 109.

<sup>227</sup> Vgl. STATISTA (2017).

<sup>228</sup> Zum Verhältnis zu FYROMacedonia und der Türkei siehe VALINAKIS und SERBOS (2015), S. 256 f. und S. 259 ff.

<sup>229</sup> Vgl. KOPP (2015), S. 270 f.

<sup>230</sup> Vgl. CHRISTIDES (2012).

Hauptübel nennt er vielmehr die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte.<sup>231</sup> Chrysogonos (2016) sieht die wesentliche Ursache in der Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaates. Die griechische Verfassung sei schon 1974-2009 beständig ignoriert worden, bevor sie 2010 durch die Troika ganz außer Kraft gesetzt wurde. Eine „Kleptokratie“ der Großparteien hätte ein „Regime der persönlichen Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit errichtet“<sup>232</sup>, ehe dann die internationalen Kontrolleure die „Chreokratie [als] „Regime der Schulden“<sup>233</sup> etablierten und damit de facto Parlament und Regierung entmachteten. Laskos und Tsakalotos (2015) dagegen widersprechen dem Narrativ einer Sonderrolle Griechenlands: Das gute Wachstum der Wirtschaft nach Beitritt zur Eurozone sei nachweisbar, modernisiert habe sie sich auch. Lediglich Fehlinvestitionen räumen die Autoren ein, aber die seien falschen Anreizen ausländischer Konzerne und Finanzinstitute zuzuschreiben. Sie sehen die Probleme „nicht in der Unterentwicklung oder im Widerstand gegen Modernisierungsreformen begründet“<sup>234</sup>, sondern in den Widersprüchen des eingeführten Neoliberalismus. Kotzias (2016) sieht in Griechenland ein Opfer Deutschlands, das es zur Schuldenkolonie erniedrigen wolle, um sein Primat in der EU durchsetzen zu können.<sup>235</sup> Den gegenüberliegenden Meinungspol repräsentiert Neubäumer (2016), die Griechenland ein zu niedriges Wachstum bescheinigte, welches den geringen Investitionen und unzureichenden Reformen geschuldet sei. Das BIP in den 2000ern wäre durch eine Immobilienblase und kreditfinanzierte Staatsausgaben künstlich aufgebläht gewesen.<sup>236</sup> Paraskevopoulos (2012) und Stergiou (2015a) sehen die fehlende Wettbewerbsfähigkeit im Klientelismus geschuldet.<sup>237</sup> So stellt sich die Frage, ob es 1980-2008 eine griechische Affinität gab, auf eine solche Art zu wirtschaften. Hofstede (2001) verglich in den 1980er-Jahren die kulturellen Werte einzelner Nationen. Danach präsentierte sich die griechische Gesellschaft als überwiegend „alten“ Werten zugeneigt. Eine große Machtdistanz (Index 60), ein mittelmäßig ausgeprägter Individualismus (Index 35), ein verbreitetes Maskulinitätsdenken (Index 57) und ein extremer Drang zur Vermeidung von Ungewissheiten (Index 112) wurden konstatiert.<sup>238</sup> Die Werte der skandinavischen Länder dagegen demonstrier-

---

<sup>231</sup> Vgl. GALENIANOS (2015), S. 93 ff.

<sup>232</sup> CHRYSOGONOS (2016), S. 246.

<sup>233</sup> Ebenda, S. 252.

<sup>234</sup> LASKOS und TSKALOTOS (2015), S. 80.

<sup>235</sup> Vgl. KOTZIAS (2016), S. 39 ff.

<sup>236</sup> Vgl. NEUBÄUMER (2016), S. 35 f.

<sup>237</sup> Vgl. PARASKEVOPOULOS (2012), S. 55 ff.; STERGIYOU (2015a), S. 121 ff.

<sup>238</sup> Vgl. HOFSTEDÉ (2001), nach PETRAKIS (2012), S. 141.

ten eine „neue“, modernere Kultur.<sup>239</sup> Die Zahlen bedeuten, dass viele Griechen die ungleiche Machtverteilung im Land hinnahmen, eine Gängelung durch staatliche Verordnungen akzeptierten und es nicht gewohnt waren, Eigenverantwortung zu übernehmen. Auch die Ablehnung der weiblichen Gleichberechtigung deutet auf vormoderne, traditionelle Werte hin. Nach ersten Ergebnissen der GLOBE-Studie, welche die kulturellen Dimensionen von 62 Ländern verglich, erreichten die Griechen 1999 bezüglich ihrer Zukunftsorientierung (Fähigkeit zur langfristigen Planung) Platz 51, bei der menschlichen Zugewandtheit (Mitgefühl, Großzügigkeit, Teamfähigkeit) Platz 59 und bei der Leistungsorientierung (Verbesserung der eigenen Fähigkeiten, Streben nach Spitzenleistungen) Platz 61.<sup>240</sup> Es fehlte also damals großen Teilen der Bevölkerung an Weitsicht, Ehrgeiz und Solidarität. Was das Selbstverständnis als Nation betraf, so waren die Griechen freilich selbstbewusst: Bourantas et al. (1990) wiesen nach, dass es 1990 eine große Lücke zwischen der gefühlten und tatsächlichen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft gab. Wegen dieser Selbsttäuschung kam ein Wunsch auf kulturelle Veränderungen seinerzeit gar nicht erst auf.<sup>241</sup> Vergleichbar valide empirische Daten aus den 2000er-Jahren fehlen, weshalb nur vermutet, aber nicht bewiesen werden kann, dass der Beitritt zur Eurozone, die Euphorie um Olympia und die Fußball-Europameisterschaft 2004 sowie die nachfolgende ansatzweise wirtschaftliche Modernisierung unter Simitis und Karamanlis Jr. die gezeichnete Kultur zumindest etwas revidiert haben.<sup>242</sup> Nach 2009 könnte der Reformdruck von außen weitere Änderungen in Selbstbild, Zukunfts- und Leistungsorientierung erzwungen haben.

## 6 Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, unter besonderer Berücksichtigung der griechischen Institutionen und Politik jene Faktoren zu beschreiben, die für den Ausbruch der Staatsschuldenkrise 2009 ursächlich verantwortlich zeichneten. Dazu wurden die knapp drei Dekaden zwischen 1980 bis 2008 genauer in den Blick genommen. Wie aufgezeigt werden konnte, hatten die informellen Institutionen Korruption, Steuerhinterziehung und Klientelismus, deren Anfänge bereits in der Zeit der osmanischen Besatzung zu verorten sind, einen gehörigen Einfluss auf die Gesellschaft. Der Klientelismus übte seine Wirkungsmacht auch auf die Politik aus, wenn

---

<sup>239</sup> Vgl. PETRAKIS (2012), S. 141 f.

<sup>240</sup> Vgl. KOOPMAN et al. (1999), S. 511.

<sup>241</sup> Vgl. BOURANTAS et al. (1990), S. 261 ff.; PETRAKIS (2012), S. 242.

jene nicht sogar in diesen Jahren überhaupt als Ausdruck des Klientelismus zu begreifen ist. Seit der Wiedereinführung der Demokratie 1974 bis zum Ausbruch der Krise 2009 wechselten sich die rechtsliberale ND und die sozialdemokratische PASOK an der Regierung ab. Die Parteiführer können als Patrone gesehen werden, die ihre Klientel für deren Wahlstimme mit Posten im öffentlichen Sektor belohnten. Die vier einflussreichsten Ministerpräsidenten jener Zeit haben diesen Sektor jeweils durch Schaffung neuer Stellen aufgebläht – dabei wegen der kompetenzfernen Stellenvergabe zur Ineffektivität der Behörden und zur Wettbewerbsunfähigkeit der staatlichen Firmen beigetragen. Zwar entsprach die Größe der Verwaltung dem resteuropäischen Durchschnitt, aber der Anteil der Staatsunternehmen an der Wirtschaft war vergleichsweise hoch. Das wirkte sich negativ auf den Staatshaushalt aus, als der Anschluss an die Globalisierung verpasst wurde und viele Firmen defizitär produzierten. Wohlfahrt, Löhne und Renten waren dem BIP unangemessen, sorgten aber bei der Bevölkerung für eine Überschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit. Letzteres begründete einen ausgeprägten Reformunwillen zumindest bis Mitte der 1990er-Jahre. Dabei hatte die europäische Konkurrenz nach Eintritt in die EG 1981 bereits die Deindustrialisierung forciert. Der manipulierte Beitritt zur Eurozone 2001 bedeutete dann den Anfang vom Ende. Mit leicht erhältlichen Krediten wurde seitdem ein nicht nachhaltiges Wachstum kreierte. Geld wurde in Verkehrsprojekte, Immobilien und den Konsum gesteckt, nicht aber in zukunftsfähige Industrien. Das Handelsdefizit nahm ebenso Ausmaße an wie die Staatsverschuldung. Obgleich seit Ende der 1990er-Jahre Deregulierungen und Privatisierungen stattfanden, blieb der öffentliche Sektor zu teuer. Ein Haushaltsdefizit war lange bekannt, aber erst die Preisgabe seiner exakten Höhe kostete 2009 das Vertrauen der Finanzmärkte. Da die Gläubiger die speziellen Traditionen und kulturellen Eigenarten der modernen Hellenen nun kannten, ist das Misstrauen bis heute besonders groß.

## Literaturverzeichnis

Alderman, L. (2013), More Children in Greece Are Going Hungry, New York Times, 17.4.20113, [http://www.nytimes.com/2013/04/18/world/europe/more-children-in-greece-start-to-go-hungry.html?\\_r=](http://www.nytimes.com/2013/04/18/world/europe/more-children-in-greece-start-to-go-hungry.html?_r=), abgerufen am 13.3.2017.

Alogoskoufis, G. (2012), Greece's Sovereign Debt Crisis: Retrospect and Prospect, GreeSE Paper 54, Hellenic Observatory Papers on Greece and Southeast Europe. <http://eprints.lse.ac.uk/42848/1/GreeSE%20No54.pdf>, abgerufen am 15.3.2017.

Arin, P.K., Chmelarova, V., Fees, E. und Wohlschlegel, A. (2011), Why are corrupt countries less successful in consolidating their budgets? *Journal of Public Economics* 95(7-8), 521-530.

Axt, H.-J. (1985), Die PASOK. Aufstieg und Wandel des verspäteten Sozialismus in Griechenland, Bonn.

Axt, H.-J. (2008), Vom Populismus zur Europäisierung: Erfahrungen mit Griechenland, Südosteuropa Mitteilungen 2, 38-55.

Bakouris, K. und Sotiropoulos, V. (2015), Die Korruption in Griechenland, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 142-158.

Bickes, H., Otten, T. und Weymann L.C. (2015), Die Rolle der Medien, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 326-351.

Bitros, G.C. und Karayiannis, A.D. (2013), Creative crisis in democracy and economy, Berlin.

Bockenheimer, J.C. und Simantke, E. (2015), Panzer in der Schuldenkrise, *Der Tagesspiegel*, 4.5.2015, <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/ruestungsexporte-nach-griechenland-panzer-in-der-schuldenkrise/11722550.html>, abgerufen am 20.3.2017.

Bourantas, D., Anagnostelis, J., Mantes, Y. und Kefalas A.G. (1990), Culture gap in Greek management, *Organization Studies* 11(2), 261-283.

Branas C.C. et al. (2014), The impact of economic austerity and prosperity events on suicide in Greece: a 30-year interrupted time-series analysis, *BMJ Open*,

<http://bmjopen.bmj.com/content/bmjopen/5/1/e005619.full.pdf>, abgerufen am 01.04.2017.

Brenke, K. (2012), Die griechische Wirtschaft braucht eine Wachstumsstrategie, DIW Wochenbericht 5, 3-15, [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.392237.de/12-5-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.392237.de/12-5-1.pdf), abgerufen am 13.3.2017.

Brozus, L. und Schwarzer, D. (2012), Der blinde Fleck im griechischen Reformprogramm. Voraussetzung für Modernisierungserfolge ist die Entflechtung von Parteien und Staatssektor, SWP-Aktuell 45, 1-4.

Busch, K., Hermann, C., Hinrichs, K. und Schulten, T. (2012), Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht, Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung, November 2012, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf>, abgerufen am 11.4.2017.

Carassava, A. (2000), A Greek Tragedy, Time, 10.4.2000, <http://content.time.com/time/world/article/0,8599,2056200,00.html>, abgerufen am 13.4.2017.

Christides, G. (2012), Griechischer Militärhaushalt. Im Gleichschritt in den Bankrott, Spiegel Online, 24.7.2012, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-krise-warum-griechenlands-militaer-so-teuer-ist-a-846101.html>, abgerufen am 23.3.2017.

Christodoulakis, N. (2010), Crisis, Threats and Ways Out for the Greek Economy, Cyprus Economic Policy Review 4(1), 89-96, [https://www.ucy.ac.cy/erc/documents/Christodoulakis\\_Full\\_Text.010.pdf](https://www.ucy.ac.cy/erc/documents/Christodoulakis_Full_Text.010.pdf), abgerufen am 15.3.2017.

Chrysogonos, K. (2016), Die Außerkraftsetzung der Verfassung in Griechenland, in: Agridopoulos, A. und Papagiannopoulos, I. (Hrsg.), Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse, Wiesbaden, 245-258.

Close, D. (2002), Greece since 1945, New York.

Dabilis, A. (2013), Corruption Costs Greece 10% of GDP, Greek Reporter, 17.2.2013, <http://greece.greekreporter.com/2013/02/17/corruption-costs-greece-10-of-gdp/>, abgerufen am 15.3.2017.

Dabilis, A. (2014), Andreas Papandreou's Legacy of Disorder, The National Herald, 25.1.2014, <https://www.thenationalherald.com/35624/papandreou-leftist-legacy-disorder>, abgerufen am 13.3.2017.

Der Spiegel (1985), Deutsche Mafia, Nr. 32, 100, <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13514015>, abgerufen am 4.4.2107.

Der Spiegel (1991), Gemeiner Räuber, Nr. 25, 176, <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13489267>, abgerufen am 20.3.2017.

Destatis (2017), Griechenland. Kennzahlen aus internationalen Datenquellen, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Land/Europa/Griechenland.html>, abgerufen am 11.3.2017.

Eardley, T. et al. (1996), Social Assistance in OECD Countries. Volume II: Country Reports, London, <http://www.canadiansocialre-search.net/rrep047.pdf>, abgerufen am 20.3.2017.

Egner, B. (2009), Von der verstärkten Mehrheitswahl zur Koalitionsregierung? Wahl- und Parteiensystem im Wandel, in: Egner, B. und Terizakis (Hrsg.), Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder, Baden-Baden, 123-139.

Egner, B. und Terizakis (Hrsg.) (2009), Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder, Baden-Baden.

EL.STAT – Hellenic Statistical Authority (2017a), Press Release. 9.3.2017. Labour Force Survey: December 2016, <http://www.statistics.gr/documents/20181/dac86fe6-4a55-4be0-876d-d42819000bad>, abgerufen am 10.3.2017.

EL.STAT – Hellenic Statistical Authority (2017b), Press Release. 10.3.2017. Commercial Transactions of Greece: January 2017, <http://www.statistics.gr/documents/20181/56564bcb-0530-44a3-b5d8-ca9498583260>, abgerufen am 10.3.2017.

Eleftheriadis, P. (2014), Misrule of the few. How the Oligarchs ruined Greece, Foreign Affairs, November/Dezember 2014, [http://www.relooney.com/NS3040/000\\_New\\_1943.pdf](http://www.relooney.com/NS3040/000_New_1943.pdf), abgerufen am 23.3.2017.

Eurogroup (2015), Eurogroup statement on the ESM programme for Greece, 14.8.2015, [http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2015/8/40802201771\\_en.pdf](http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2015/8/40802201771_en.pdf), abgerufen am 18.3.2017.

Europäische Kommission (2010), Bericht zu den Statistiken Griechenlands über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand. 8.1.2010, [http://ec.europa.eu/eurostat/documents/4187653/6406122/COM\\_2010\\_bericht\\_Griechenland.pdf/b8b1d598-617a-438f-b705-d68153f5dd25S.13](http://ec.europa.eu/eurostat/documents/4187653/6406122/COM_2010_bericht_Griechenland.pdf/b8b1d598-617a-438f-b705-d68153f5dd25S.13), abgerufen am 15.3.2017.

European Commission (2010), The Economic Adjustment Programme for Greece. European Occasional Paper 61. Mai 2010, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/occasional\\_paper/2010/pdf/ocp6\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2010/pdf/ocp6_en.pdf), abgerufen am 12.3.2017.

European Commission (2012), The Second Economic Adjustment Programme for Greece. First Review, European Economy Occasional Paper 123, Dezember 2012, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/occasional\\_paper/2012/pdf/ocp123\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2012/pdf/ocp123_en.pdf), abgerufen am 12.3.2017.

European Commission (2015), Financial assistance to Greece, [https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-financial-assistance/which-eu-countries-have-received-assistance/financial-assistance-greece\\_en](https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-financial-assistance/which-eu-countries-have-received-assistance/financial-assistance-greece_en), abgerufen am 15.3.2017.

European Commission (2016), Supplemental Memorandum of Understanding, 16.6.2016, [http://ec.europa.eu/info/sites/info/files/ecfin\\_smou\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/info/sites/info/files/ecfin_smou_en.pdf), abgerufen am 12.3.2017.

Eurostat (2009), Taxation trends in the European Union. Data for the Member States and Norway, [http://piketty.pse.ens.fr/files/Eurostat2009\(TaxTrends\)\(SelectedTables2\).pdf](http://piketty.pse.ens.fr/files/Eurostat2009(TaxTrends)(SelectedTables2).pdf), abgerufen am 12.4.2017.

Eurostat (2017a), Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tec00001&plugin=0&tableSelection=1>, abgerufen am 12.3.2017.

Eurostat (2017b), Wachstumsrate des realen BIP-Volumens. Veränderung gegenüber dem Vorjahr, <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tec00115&plugin=0>, abgerufen am 12.3.2017.

Fouskas, V. (1997), The Left and the crisis of the Third Hellenic Republic, 1989-1997, in: Sassoon, D. (Hrsg.), Looking Left: European Socialism after the Cold War, London, 64-87.



Fouskas, V. und Dimoulas, C. (2013), Greece, Financialization and the EU: The Political Economy of Debt and Destruction, New York.

Galenianos, M. (2015), Die Ursachen der griechischen Wirtschaftskrise: Eine europäische Perspektive, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 89-11

Galiatsatos, P. (2016), Griechenland verkauft seine Bahn für 45 Millionen Euro an Italien, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/erfolgreiche-griechische-privatisierung-griechenland-verkauft-seine-bahn-fuer-45-millionen-euro-an-italien-ld.106041>, abgerufen am 17.04.2017

Gallant, T. (2016), Modern Greece: From the War of Independence to the Present“, 2. Auflage, Bloomsbury.

Garganas, N.C. und Tavlas, G.S. (2001), Monetary regimes and inflation performance: the case of Greece, in: Bryant, R.C., Garganas, N.C. und Tavlas, G.S. (Hrsg.), Greece's economic performance and prospects, Athen, Washington D.C., 43-95.

Georgakis, N. (2009), "Der Großaktionär" oder: Politik und Medien in Griechenland im Spannungsfeld von Ware, Wahrheit und Brüssel, in: Egner, B. und Terizakis (Hrsg.), Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder, Baden-Baden, 173-202.

Georgakopoulos, T. (2016), Tax Evasion in Greece – A Study, Dianeosis, Juni 2016, <http://www.dianeosis.org/en/2016/06/tax-evasion-in-greece/>, abgerufen am 08.03.2017.

Georgiadou, V. (2002), Parteireform in Griechenland. Am Beispiel der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK), Zeitschrift für Politikwissenschaft 12, 585-609.

Georgiou, E. (2012), Jugendarbeitslosigkeit, Brain-Drain, Bildungsmisere – wer steckt hinter den Jugendprotesten in Athen?, in: Schwarz, O., Altmann, F.-L. und Brey, H. (Hrsg.), Griechenland in der Schulden- und Staatskrise? Ursachen, Folgen und Auswege, München, Berlin, Washington D.C., 121-139.

Giannitsis, T. (2015), Die griechische Staatsverschuldung und die Krise, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 198-215.

Gkolfinou, A. (2016), Kapital- und Brain-Drain in Griechenland, in: Agridopoulos, A. und Papagiannopoulos, I. (Hrsg.), Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisen Diskurse, Wiesbaden, 159-175.

Grüter, T. (2015), Griechenland: Klientelismus als Gesellschaftsform, Spektrum, 3.2.2015, <http://scilogs.spektrum.de/gedankenwerkstatt/griechenland-klientelismus-als-gesellschaftsform>, abgerufen am 23.3.2017.

Guyton, P. (2011), Lieber nicht zu viel wissen, Zeit Online, 17.1.2011, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-01/siemens-ganswindt>, abgerufen am 13.3.2017.

Handelsblatt (2016), Schmiergeld-Skandal lässt von Pierer nicht los, 25.1.2016, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/ex-siemens-chef-schmiergeld-skandal-laesst-von-pierer-nicht-los/12874782-all.html>, abgerufen am 23.3.2017.

Hatzinikolaou, P. und Tzortzi, E. (2016), IMF insists on a lower income tax threshold, Ekathimerini, 25.11.2017, <http://www.ekathimerini.com/214024/article/ekathimerini/business/imf-insists-on-a-lower-income-tax-threshold>, abgerufen am 10.03.2017.

Heinritzi, J. (2004), Olympiasieger, [http://www.focus.de/finanzen/boerse/griechenland-olympiasieger\\_aid\\_252386.html](http://www.focus.de/finanzen/boerse/griechenland-olympiasieger_aid_252386.html), abgerufen am 18.04.2017

Hermann, R. (2012), Fessel Klientelismus, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.8.2012, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/griechenland-fessel-klientelismus-11865503.html>, abgerufen am 23.3.2017.

Herrmann, B. und Kritikos, A. (2013), Growing out of the crisis: hidden assets to Greece's transition to an innovation economy, IZA Discussion Paper Series 7606, September 2013, <http://ftp.iza.org/dp7606.pdf>, abgerufen am 13.3.2017.

Hodgson, G. (2006), What Are Institutions?, Journal of Economic Issues XL(1), 1-25, <http://www.geoffrey-hodgson.info/user/bin/whatarestitutions.pdf>, abgerufen am 10.3.2017.

Höhler, G. (2012), Wie die Olympischen Spiele Griechenland ruinierten, Zeit Online, 29.7.2012, <http://www.zeit.de/sport/2012-07/olympia-griechenland-athen-2004-schulden/>, abgerufen am 4.4.2017.

Hübel, E. (2017), Verhandlungen in Athen laufen weiter – Opposition sieht neues "Memorandum", Griechenland Zeitung, 2.3.2017, <https://www.griechenland.net/nachrichten/politik/21456-verhandlungen-in-athen-laufen-weiter-%E2%80%93-opposition-sieht-neues-%E2%80%9Ememorandum%E2%80%9C>, abgerufen am 12.3.2017.

Hug, D. (2010), Warum Griechen kaum Steuern zahlen, Neue Züricher Zeitung, 23.5.2010, <https://www.nzz.ch/warum-griechen-kaum-steuern-zahlen-1.5781272>, abgerufen am 3.3.2017.

IMF – International Monetary Fund (2017), Greece. Staff Report for the Article IV Consultation. January 23, 2016. IMF Country Report 17/40, [http://g8fip1kplyr-33r3krz5b97d1.wpengine.netdna-cdn.com/wp-content/uploads/2017/02/DMSDR1S-6127693-v1-Greece\\_-\\_2017\\_-\\_Bundle\\_for\\_the\\_2016\\_Article\\_IV\\_Consultation.pdf](http://g8fip1kplyr-33r3krz5b97d1.wpengine.netdna-cdn.com/wp-content/uploads/2017/02/DMSDR1S-6127693-v1-Greece_-_2017_-_Bundle_for_the_2016_Article_IV_Consultation.pdf), abgerufen am 14.3.2017.

Kalis, I. (1999), Griechenlands Weg nach Europa. Das Ringen um demokratische Strukturen im 20. Jahrhundert, Münster.

Kaplanis, Y. (2011), An Economy that Excludes the Many and an "Accidental" revolt“, in: Dalakoglou, D. und Vradis, A. (Hrsg.), *Revolt and Crisis in Greece: Between a Present Yet to Pass and a Future Still to Come*, London, 215-228.

Karantinos, D. (2006), The Greek labour market and the system of severance payments, in: *Peer Review: Reform of Severance Pay Law in Austria*, Vienna, 57-63, <http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/AT06/Greece%20AT%2006.pdf>, abgerufen am 1.4.2017.

Karkatsoulis, P. (2015), Die Reform der griechischen Steuerverwaltung, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Frankfurt am Main, 431-447.

Kaufmann, D. (2010), Can Corruption Adversely Affect Public Finances in Industrialized Countries?, Brookings, 19.4.2010, <https://www.brookings.edu/opinions/can-corruption-adversely-affect-public-finances-in-industrialized-countries/>, abgerufen am 20.3.2017.

Kazakos, P. (2015), Griechische Politik 2009-2014: Der Kampf um Kredite und der mühsame Weg zu Reformen, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Frankfurt am Main, 35-53.

Klaus, R. (2011), *Wirtschaftliche Selbstverteidigung: Schützen Sie sich und Ihre Familie vor Eurokrise, Inflation und Staatsverarmung*, Weinheim.

Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.)(2015), *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Frankfurt am Main.

Komposopoulos, I. (2016), *Zentrale Strukturelemente des griechischen Kapitalismusmodells*, in: Agirdopoulos, A. und Papagiannopoulos, I. (Hrsg.), *Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse*, Wiesbaden, 91-105.

Konrad, K. und Zschäpitz, H. (2010), *Schulden ohne Sühne? Warum der Absturz der Staatsfinanzen uns alle trifft*, 2. Auflage, München.

Koopman, P.L. et al. (1999), *National culture and leadership profiles in Europe: Some results from the GLOBE study*, *European Journal of Work and Organizational Psychology* 8(4), 503-520, [http://dare.uvu.vu.nl/bitstream/handle/1871/18676/koopman\\_The?sequence=2](http://dare.uvu.vu.nl/bitstream/handle/1871/18676/koopman_The?sequence=2), abgerufen am 23.3.2017.

Kopp, K. (2015), *Flüchtlinge – griechisches Problem und europäische Herausforderung*, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Frankfurt am Main, 269-284.

Korisis, H. (1980), *Das politische System Griechenlands. Strukturprobleme einer Demokratie*, Hersbruck.

Kotzias, N. (2016), *Schuldenkolonie Griechenland: Die EU als Imperium und Deutschlands Primat. Ein neuer Rahmen für die Interpretation der Krise in Südeuropa*, in: Agirdopoulos, A. und Papagiannopoulos, I. (Hrsg.), *Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse*, Wiesbaden, 39-65.

Kritikos, A.S. und Dreger, C. (2016), *Die griechische Wirtschaftskrise: Drei Reformpakete und kein Ende in Sicht*, in: DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *Die griechische Wirtschaftskrise: Drei Reformpakete und kein Ende in Sicht, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 4/2015, Berlin, 5-17.

Kyrtsis, A.-A. (2015), *Die griechische Gesellschaft unter dem Druck der Krise*, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Frankfurt am Main, 54-69.

Laskos, C. und Tsakalotos, E. (2015), Brennpunkt Griechenland. Krise, Eurozone und die Weltwirtschaft, Köln, Karlsruhe.

Liargovas, P. und Repousis, S. (2013), Greece's Way Out of the Crisis: A Call for Massive Structural Reforms, in: Sklias, P. und Tzifakis, N. (Hrsg.), Greece's Horizons. Reflecting on the Country's Assets and Capabilities, Berlin, Heidelberg, New York, 81-90.

Lijphart, A. (1994), Electoral Systems and Party Systems. A Study of Twenty-Seven Democracies, 1945-1990, New York.

Lijphart, A. (1999), Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven et al.

LPB – Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (2017), Ursachen der Krise in Griechenland, [https://www.lpb-bw.de/ursachen\\_krise\\_griechenland.html](https://www.lpb-bw.de/ursachen_krise_griechenland.html), abgerufen am 1.4.2017.

Lynn, M. (2011), Bust: Greece, the Euro, and the sovereign debt crisis, New York.

Lyrantzis, C. (1993), PASOK in Power: From Change to Disenchantment, in: Clogg, R. (Hrsg.), Greece 1981-1989: The populist decade, London, 26-43.

Magoulios, G. und Athianos, S. (2013), The trade balance of Greece in the Euro, South-Eastern Europe Journal of Economics 2, 187-216, <http://www.asecu.gr/Seeje/issue21/issue21-magoulios-athianos.pdf>, abgerufen am 12.3.2017.

Manager Magazin (2009), EU rügt Griechenland: "Das Spiel ist aus", 20.10.2009, <http://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/a-656170.html>, abgerufen am 10.4.2017.

Manolopoulos, J. (2011), Greece's „odious“ debt: The Looting of the Hellenic Republic by the Euro, the Political Elite and the Investment Community, London.

Ministry of Interior (2015), Parliamentary Elections September 2015, <http://ekloges.yypes.gr/current/v/public/index.html?lang=en#%7B%22cls%22:%22main%22,%22params%22:%7B%7D%7D>, abgerufen am 4.4.2017.

Mitsopoulos, M. und Pelagidis, T. (2012), Understanding the crisis in Greece: From Boom to Bust, New York.

Mount, H. (2015), *Harry Mount's Odyssey: Ancient Greece in the Footsteps of Odysseus*, London

Mouzelis, N. (1991), Die Kientelbeziehungen, in: Dertilis, G. und Kostis, K. (Hrsg.), *Themen neugriechischer Geschichte*, Athen, 227-250 (in Griechisch).

Mylonas, H. (2011), Is Greece a Failing Developed State? Cases and Socio-economic Consequences of the Financial Crisis, *The Konstantinos Karamanis Institute for Democracy Yearbook*, 77-88, <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.1021.5496&rep=rep1&type=pdf>, abgerufen am 23.3.2017.

Mylonas, H. und Papaconstantinou, G. (2001), Product Market reform in Greece: policy priorities and prospects, in: Bryant, R.C., Garganas, N.C. und Tavlas, G.S. (Hrsg.), *Greece's economic performance and prospects*, Athen, Washington D.C., 499-539.

Neubäumer, R. (2016), Die Vorgeschichte der griechischen Tragödie, in: DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *Die griechische Wirtschaftskrise: Drei Reformpakete und kein Ende in Sicht*, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 4/2015, Berlin, 17-38.

North, D. (1990), *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.

OECD (2013), Employment in general government and public corporations as a percentage of the labour force (2001 and 2011), in: OECD (Hrsg.), *Government at the Glance 2013*, Paris, o. S., [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/government-at-a-glance-2013/employment-in-general-government-and-public-corporations-as-a-percentage-of-the-labour-force-2001-and-2011\\_gov\\_glance-2013-graph74-en#page1](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/government-at-a-glance-2013/employment-in-general-government-and-public-corporations-as-a-percentage-of-the-labour-force-2001-and-2011_gov_glance-2013-graph74-en#page1), abgerufen am 1.4.2017.

OECD (2015), Employment in the public sector, in: OECD (Hrsg.), *Government at the Glance 2015*, Paris, 84-85, [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/government-at-a-glance-2015/employment-in-the-public-sector\\_gov\\_glance-2015-22-en#page1](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/government-at-a-glance-2015/employment-in-the-public-sector_gov_glance-2015-22-en#page1), abgerufen am 1.4.2017.

Pagedas, C. (2015), The greek debt crisis: a Sisyphean Tragedy, *Japan Spotlight*, Juli/August 2015, [https://www.itta.com/sites/default/files/files/pagedas-greek\\_debt\\_crisis\\_japan\\_spotlight\\_7-2015.pdf](https://www.itta.com/sites/default/files/files/pagedas-greek_debt_crisis_japan_spotlight_7-2015.pdf), abgerufen am 10.4.2017.

Pagoulatos, G. (2003), Greece's new political economy: State, Finance, and Growth from Postwar to EMU, New York.

Panagiotidis, E. (2012), Negativbilder in den Medien – Spiegelbild der Entfremdung zwischen Deutschen und Griechen?, in: Schwarz, O., Altmann, F.-L. und Brey, H. (Hrsg.), Griechenland in der Schulden- und Staatskrise? Ursachen, Folgen und Auswege, München, Berlin, Washington D.C., 141-151.

Panousis, D. und Stragalinos, A. (2011), Faktenpapier Griechenland, Heinrich-Böll-Stiftung, [https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download\\_de/Faktenpapier\\_Griechenland.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/Faktenpapier_Griechenland.pdf), abgerufen am 22.3.2017.

Papanikos, G.T. (2016), Taxing Wealth and only Wealth in an Advanced Economy with an Oversized Informal Economy and Vast Tax Evasion: The Case of Greece, in: DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), The Greek crisis: a Greek tragedy? Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 03/2015, Berlin, 85-106.

Pappas, T.S. (1999), Making Party Democracy in Greece, London.

Pappas, T.S. (2010), The causes of the Greek crisis are in Greek politics, Open Economy, 29.11.2010, <https://www.opendemocracy.net/openeconomy/takis-s-pappas/causes-of-greek-crisis-are-in-greek-politics>, abgerufen am 23.3.2017.

Paraskevopoulos, S. (2012), Patronage, Klientelismus und Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum: Ursachen der griechischen Staatsverschuldung, in: Schwarz, O., Altmann, F.-L. und Brey, H. (Hrsg.), Griechenland in der Schulden- und Staatskrise? Ursachen, Folgen und Auswege, München, 55-72.

Pelagidis, T. (2010), The Greek Paradox of Falling Competitiveness and Weak Institutions in a High GDP Growth Rate Context (1995-2008), GreeSE Paper 38, Hellenic Observatory Papers on Greece and Southeast Europe, [http://eprints.lse.ac.uk/29098/1/GreeSE\\_No38.pdf](http://eprints.lse.ac.uk/29098/1/GreeSE_No38.pdf), abgerufen am 14.3.2017.

Pelagidis, T. und Mitsopoulos, M. (2014), Greece: From Exit to Recovery?, Washington D.C.

Petrakis, P. (2012), The Greek Economy and the Crisis. Challenges and Responses, Berlin, Heidelberg.

Piller, T. (2015), Erster Haftbefehl in Athen nach Lagarde-Liste, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.4.2015, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/griechenland-erster-haftbefehl-in-athen-nach-lagarde-liste-13555306.html>, abgerufen am 22.3.2017.

Piller, T. (2017), Neuer Nervenkrieg um Griechenlands Zukunft. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.2.2017, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/regierung-tsipras-braucht-dringend-kreditkart-14885849.html>, abgerufen am 12.4.2017.

Pirounakis, N. (1997), *The Greek Economy: Past, Present, and Future*, New York.

Polychroniou, C.J. (2012), The Greek and the European Crisis in Context, *New Politics* 52, <http://newpol.org/content/greek-and-european-crisis-context-0>, abgerufen am 10.4.2017.

Porter, M.E. und Schwab, K. (2008), *The Global Competitiveness Report 2008-2009*, [http://www3.weforum.org/docs/WEF\\_GlobalCompetitivenessReport\\_2008-09.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2008-09.pdf), abgerufen am 3.4.2017.

Psalidopoulos, M. (2010), The Greek Economy 1959–2009: From Association with the EEC to Accession and EMU, in: Arvanitopoulos, C. und Botsiou, K. (Hrsg.), *The Konstantinos Karamanlis Institute for Democracy Yearbook 2010*, Berlin, Heidelberg, 109-117.

Reinhart, C. und Rogoff, K. (2011), *This Time Is Different: Eight Centuries of Financial Folly*, Princeton.

Richter, H.A. (2015a), *Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhundert. Band 1: 1900-1939*, Wiesbaden.

Richter, H.A. (2015b), *Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhundert. Band 2: 1939-2004*, Wiesbaden.

Schneider, F. und Boockmann, B. (2015), *Die Größe der Schattenwirtschaft – Methodik und Berechnungen für das Jahr 2015*, Linz, Tübingen, [http://www.iaw.edu/tl\\_files/dokumente/JKU\\_IAW\\_Schattenwirtschaft\\_Studie\\_2015.pdf](http://www.iaw.edu/tl_files/dokumente/JKU_IAW_Schattenwirtschaft_Studie_2015.pdf), abgerufen am 22.3.2017.

Schneider, F., Buehn, A. und Montenegro C.E. (2010), *Shadow Economies All Over the World. New Estimates for 162 Countries from 1999 to 2007*, The World Bank Development Research Group: Policy Research Working Paper 5356, <http://documents.worldbank.org/curated/en/311991468037132740/pdf/WPS5356.pdf>, heruntergeladen am 10.3.2017.



Schönhärl, K. (2015), "Leider sind wir bankrott" – Zahlungsausfälle in der Geschichte Griechenlands im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 182-197.

Schrader, K. und Laaser, C.-F. (2010), Den Anschluss nie gefunden: Die Ursachen der griechischen Tragödie, Wirtschaftsdienst 90 (8), 540-547.

Schrader, K. und Laaser, C.-F. (2012), Die Krise in Südeuropa oder die Angst vor dem Dominoeffekt. Griechenland, Portugal und Spanien im Krisentest, Kiel.

Schwab, K., Porter, M.E. und Sachs, J.D. (2000), The Global Competitiveness Report 2000, <https://pdfs.semanticscholar.org/3501/0b89f5fa8067a9cce29eabdc5533e0bfaede.pdf>, abgerufen am 3.4.2017.

Simons, M. (1992), Greek Ex-Premier Not Guilty in Bank Scandal, New York Times, 19.1.1992, <http://www.nytimes.com/1992/01/17/world/greek-ex-premier-not-guilty-in-bank-scandal.html>, abgerufen am 20.3.2017.

Spanou, C. (2015), Auf der Suche nach einer effektiven öffentlichen Verwaltung, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 415-430.

Spiegel Online (2013), Korruptionsprozess: Griechischer Ex-Minister muss 20 Jahre ins Gefängnis, 7.10.2013, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechischer-ex-minister-tsochatzopoulos-muss-20-jahre-ins-gefaengnis-a-926581.html>, abgerufen am 23.3.2017.

Statista (2017), Statistiken zur Schuldenkrise in Griechenland, <https://de.statista.com/themen/2489/schuldenkrise-in-griechenland>, abgerufen am 12.3.2017.

Stergiou, A. (2012), Anatomie eines Niedergangs? Griechenland und die Europäische Union, Bundeszentrale für politische Bildung, [www.bpb.de/apuz/142837/](http://www.bpb.de/apuz/142837/), abgerufen am 2.3.2017.

Stergiou, A. (2015a), Staatsverständnis und Klientelismus in Griechenland, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 111-125.

Stergiou, A. (2015b), Griechenland in der Europäischen Union, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 234-251.

Stiglitz, J.E. (2015), Europe's Attack on Greek Democracy, Project Syndicate, 29.6.2015, <https://www.project-syndicate.org/commentary/greece-referendum-troika-eurozone-by-joseph-e--stiglitz-2015-06?barrier=accessreg>, abgerufen am 10.3.2017.

Story, L., Thomas Jr, L. und Schwartz, N.D. (2010), Wall St. Helped to Mask Debt Fueling Europe's Crisis; New York Times, 13.2.2010, [http://www.nytimes.com/2010/02/14/business/global/14debt.html?hp=&pagewanted=all&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2010/02/14/business/global/14debt.html?hp=&pagewanted=all&_r=0), abgerufen am 10.3.2017.

Süddeutsche Zeitung (2012), Millionenstrafe für Ferrostaal, 31.1.2012, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/korruptionsaffaere-millionenstrafe-fuer-ferrostaal-1.1239630>, abgerufen am 22.3.2017.

Thomas, L. (2011), Family Differences, Global Issues, New York Times, 13.7.2011, <http://www.nytimes.com/2011/07/13/business/global/papandreou-family-shapes-history-in-greece.html>, abgerufen am 27.2.2017.

Tillack, H.-M. (2010), EU-Kommission räumte Versagen schon 2004 ein, Stern, 18.5.2010, <http://www.stern.de/politik/deutschland/griechenlands-euro-beitritt-eu-kommission-raeumte-versagen-schon-2004-ein-3100008.html>, abgerufen am 23.3.2017.

Transparency International (2012), National Survey on Corruption in Greece 2012. Summery presentation of survey results, <http://www.publicissue.gr/wp-content/uploads/2013/03/nscg-2012.pdf>, abgerufen am 20.3.2017.

Transparency International (2017), Corruption Perceptions Index 2016, 25.1.2017, [http://www.transparency.org/news/feature/corruption\\_perceptions\\_index\\_2016](http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016), abgerufen am 10.3.2017.

Tsakalidis, G. (1999), Das politische System Griechenlands nach 1974, Münster.

Tsimitakis, M. (2011), The Answer to „Anomie“ will be civil disobedience, Greek Left Review, 3.5.2011, <https://greekleftreview.wordpress.com/2011/05/03/tdisobedience/>, abgerufen am 7.3.2017.

Tzermias, P. (1999), Neugriechische Geschichte: Eine Einführung, 3. Auflage, Tübingen.

Valinakis, J. und Serbos, S. (2015), Griechenland und seine Nachbarn, in: Klemm, U.-D. und Schultheiß, W. (Hrsg.), Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main, 255-268.

Valinakis, Y. (2012), Greece's European policy making. GreeCE Paper 63, Oktober 2012, <http://eprints.lse.ac.uk/46660/1/GreeSE%20No63.pdf>, abgerufen am 29.3.2017.

Vogt, S. (2013), Under Pressure: Greece in the Process of economic, political and social reform“, KAS International Reports 6, 6-20, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_34618-544-2-30.pdf?130828103702](http://www.kas.de/wf/doc/kas_34618-544-2-30.pdf?130828103702), abgerufen am 23.3.2017.

Waibel, M. (2014), Echoes of History: The International Financial Commission in Greece, in: Paulus, C.G. (Hrsg.), A Debt Restructuring Mechanism for Sovereigns. Do we need a legal procedure?, Baden-Baden, 3-20.

Weichert, J. (2015), "Steuersystem ist wie eine antike Tragödie", n-tv, 19.7.2015, <http://www.n-tv.de/politik/Steuersystem-ist-wie-eine-antike-Tragoedie-article15549836.html>, abgerufen am 22.3.2017.

Weitz-Shapiro, R. (2014), Curbing Clientelism in Argentina: Politics, Poverty and Social Policy, Cambridge.

Wells, A. (1970), Social Institutions, London.

Wenturis, N. (1984), Das politische System Griechenlands. Eine soziopolitische Analyse, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Zervakis, P. (2004), Der Hellozentrismus als Fremdkörper in der europäischen Union? Zur Bedeutung der politischen Kultur für die verspätete Europäisierung der Institutionen Griechenlands, in: Knipping, F. und Schönwald, M. (Hrsg.), Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, Trier, 405-431.

Zervakis, P. (2009), Staat und Verwaltung im festen Griff der Parteien: Kontinuität und Wandel des griechischen Parteienstaates, in: Egner, B. und Terizakis (Hrsg.), Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder, Baden-Baden, 61-89.

Zervakis, P. und Auernheimer, G. (2009), Das politische System Griechenlands, in: Ismayr, W. (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Auflage, Wiesbaden, 819-868.

Ziemer, K. (2010), Klientelismus, in: Nohlen, D. und Schultze, R.-O. (Hrsg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1: A-M, 4., aktualisierte und ergänzte Auflage, München, 465-466.

## **Eidesstattliche Versicherung**

Ich versichere hiermit, dass ich meine Bachelorarbeit „Institutionen und Politik im Vorfeld der Krise: Griechenland 1980-2008“ selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe, und dass ich alle von anderen Autoren wörtlich übernommenen Stellen wie auch die sich an die Gedankengänge anderer Autoren eng anliegenden Ausführungen meiner Arbeit besonders gekennzeichnet und die Quellen zitiert habe.

Münster, den 21.04.2017

Unterschrift

Ioannis Dimas